5. Jour fixe „Musik und Stadt“: Räume für Kultur II

19. Mai 2020, 19 Uhr, Livestream aus der ALEX-Halle, Rudolfstr. 1 – 8 (Eingang Ecke Ehrenbergstr.), 10245 Berlin-Friedrichshain

Moderation: Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin a.D. (Präsidentin des Landesmusikrats Berlin e.V.)

Podiumsteilnehmerinnen und Podiumsteilnehmer:

Dr. Klaus Lederer (Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa)

Daniel Buchholz (MdB, Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung, Umwelt und Klima)

Stefanie Remlinger (MdB, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen für berufliche Bildung und Bildungsfinanzierung, Sprecherin für Haushaltspolitik)

Prof. Dr. Philipp Boutellier (Geschäftsführer der Tegel Projekt GmbH)

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats e.V.)

Musik: Berliner Mädchenchor, Leitung: Sabine Wüsthoff

H. Dunger-Löper: Guten Abend, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zum 5. Jour Fixe „Musik und Stadt“ des Landesmusikrats in Kooperation mit ALEX TV und ich freue mich sehr, dass wir so wunderbar eingestimmt worden sind vom Berliner Mädchenchor und Sabine Wüsthoff. Einerseits musikalisch, andererseits aber auch mit dem Thema, das wir heute Abend hier zum zweiten Mal verhandeln wollen – nämlich die Frage, wie können wir Räume für Kultur absichern? Wir haben gefordert oder gesagt – „Kultur braucht Räume“ – ich glaube, das ist unstrittig und das wird immer schwieriger und darüber wollen wir uns heute zum zweiten Mal unterhalten. Teilnehmer der Runde sind Herr Dr. Lederer, der Bürgermeister und Kultursenator in Berlin, herzlich willkommen. Wenn ich jetzt in alphabetischer Reihenfolge nach den Ankündigungen fortfahren würde, müsste ich Herrn Dr. Philipp Boutellier begrüßen, den Chef der Tegel Projekt GmbH. Er musste leider krankheitsbedingt gestern absagen. Ich wünsche ihm alles Gute von hier aus, aber er wird nachher in der Sendung auch noch mit einem Statement vertreten sein. Ich begrüße dann Daniel Buchholz, Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin für Stadtentwicklung und auch Mitglied des Kulturausschusses, insofern auch mittendrin in dem Thema. Und ebenfalls aus dem Abgeordnetenhaus – Regina Remlinger, – Stefanie Remlinger, pardon. Stefanie Remlinger. Sie ist die Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen für berufliche Bildung und Haushaltspolitik und sie ist von Beruf her Kulturwirtin, also auch ganz mitten in dem Thema drin. Und nach den dreien, die ich jetzt hier benannt habe, die sehr stark auf Berlin fokussiert sind, begrüße ich sehr herzlich Herrn Olaf Zimmermann, den Generalsekretär des Deutschen Kulturrates, der uns auch ein bisschen einen „Blick über den Tellerrand“ eröffnen wird und vielleicht auch über den bundesdeutschen hinauskommen wird. Seien Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen Diskussion. Wir haben, wie ich eben schon sagte, schon einmal diskutiert und wollen das noch mal – sozusagen – ganz kurz zusammenfassen, um dann zu überlegen und festzulegen, wo wollen wir heute hin. Das Thema „Kultur braucht Räume“ ist von uns schon geplant worden – lange vor der Coronakrise. Es wird auch nach der Coronakrise ein brennendes und vielleicht immer brennenderes Thema bleiben, sicherlich auch aufgrund der noch zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Krise, die uns bevorstehen. „Raum für Kultur“ – „Räume für Kultur“, nicht nur im abstrakten Sinne, sondern ganz konkret, werden in zunehmendem Maße Mangelware. Aber diese Räume werden gebraucht, man muss darin arbeiten – wir haben es hier am Beispiel des Chors gehört – man muss darin üben, man muss auch lehren darin, Kunst produzieren und Aufführungen machen. Und all das brauchen wir in Zukunft natürlich auch weiterhin in Berlin. Für Berlin wird das Thema auch immer wieder aufgerufen in einem Zusammenhang mit der Attraktivität der Stadt, den Möglichkeiten, den Freiräumen, die sie so lange geboten hat und die – von vielen wird es so eingeschätzt – nun langsam schwinden. Und die Frage stellt sich natürlich: Wie können wir dem entgegenwirken? In unserer ersten Diskussion im letzten Dezember haben wir von den Nöten der Kulturschaffenden gehört, von der Relevanz des gesellschaftlichen Sektors Kultur und von den notwendigen Sicherungen, die hier vorzunehmen sind. Prof. Dr. Klaus Beckmann, der langjährige Präsident des Difus, also des Deutschen Instituts für Urbanistik, hat hier immer wieder darauf hingewiesen, dass man kurzfristige Lösungen

angehen muss, aber auch langfristige - und jetzt innerhalb der Coronakrise hören wir, dass tatsächlich auch eine gewisse Anerkennung für den Kultursektor an dieser Stelle stattfindet. Wir brauchen nur zu erinnern an den Bundespräsidenten Steinmeier, der beim Europakonzert der Philharmoniker am ersten Mai diesen Jahres sehr schöne Worte gefunden hat - *„Kunst und Kultur, die wir gemeinsam erleben können, sind keine verzichtbaren Nebensachen. Das erfahren wir gerade in diesen Tagen wieder neu. Stärker als vielleicht sonst schätzen wir das, was wir vermissen. Kunst und Kultur sind, in einem sehr buchstäblichen Sinn, Lebensmittel.“* - hat er gesagt. Auch die Kanzlerin hat sich ähnlich geäußert und viele andere. Der Berliner Senat hat das auch umgemünzt in eine Bundesratsinitiative, zu der Sie vielleicht auch gleich noch etwas sagen werden. Aber wir wollen heute auch noch mal diskutieren, was das heißt, was es strukturell und infrastrukturell für die Zukunft bedeutet, damit Teilhabe an Kultur wirklich für alle stattfinden kann. Sie wissen, wir haben das Motto „Musik für alle“ und dieses Leitmotto, das möchten wir natürlich auch gerne umgesetzt sehen und dafür treten wir ein und das wollen wir gerne auch mit Ihnen gemeinsam diskutieren. Wir sind übrigens nicht die Einzigen, die an dem Thema dran sind, denn - zum Beispiel - das Music Board hat jetzt gerade aktuell auch eine Umfrage anlaufen lassen, zum Thema Proberäume, und da werden wir sicherlich auch wieder Ergebnisse haben, die sagen, hier sind Defizite. Ja, Herr Dr. Lederer, Sie sind als Erster dran zu sagen, wie Ihre Sicht der Dinge ist, wie haben Sie eine Bestandsaufnahme hier vorgenommen? Wo sind die Hauptdefizite und was konnte schon gesichert werden?

Dr. K. Lederer: Also, erst mal vorweg ... in der Tat, es ist ein bisschen irre gerade, also seit zwei Monaten sind wir, im Grunde, jeden Tag damit beschäftigt, Brandstellen zu löschen und trotzdem ist es notwendig und es ist uns auch klar, die Dauerbaustellen nicht aus dem Auge zu verlieren. Parallel dazu - das ist eine ziemliche Herausforderung - alle, die damit beschäftigt sind, wissen das und die Worte höre ich auch alle wohl. Nun will ich irgendwann mal Taten sehen. Also im Bundesrat haben drei Bundesländer der Sofortabstimmung zugestimmt, die anderen haben es in die Ausschüsse geschickt und die Worte von der Kanzlerin über den Finanzminister bis zur Kulturstaatsministerin, sind jetzt auch schon wieder zwei Wochen her und ich kann auch keine Konturen erkennen einer - wie auch immer gearteten - Unterstützung der Länder. Klar ist nur, wir haben ziemlich schnell gehandelt, aber auch immer mit der Ansage: „Das halten wir nicht anderthalb oder zwei Jahre auf dem Level durch. Das ist völlig unmöglich.“ Und die Geschwindigkeit mit der zwei-, dreistellige Milliardenbeträge mobilisiert worden sind und die Intensität, in der in der öffentlichen Debatte die Probleme des Wertensektors, der Automobilindustrie und der Geisterfahrer in der Bundesliga ventiliert werden, das wünschte ich mir für die Kultur, in der Tat, auch. Also, jetzt geht es erst mal darum, tatsächlich Brandstellen zu löschen und trotzdem ist natürlich in einer Stadt wie Berlin das Raumproblem ein manifestes und ich will auch mal sagen, Kulturräume sind nicht gleich Kulturräume. Also es ist ein Unterschied zwischen ... und auch die Bedrohungen von Kulturräumen sind unterschiedlich. Es ist ein Unterschied zwischen einem Club, der beispielsweise sich vor heranrückender Wohnbebauung mit Lärmschutz und Emissionsproblemen versehen sieht oder die Frage von Band-Proberäumen, wie das in der Buchberger Straße beim Rockhaus, beispielsweise, der Fall war, oder Ateliers und Räume für die Freien und Darstellenden Künste und ich muss mal sagen, als ich vor drei Jahren, vor fast dreieinhalb Jahren ins Amt kam, war bei uns in der Verwaltung das Thema Räume kein Thema. Wir waren eine fördernde Verwaltung, wie man sie kennt. Das heißt, wir hatten Förderprogramme, da konnte man Anträge stellen und dann sind Ressourcen ausgereicht worden. Das Thema Räume spielt im öffentlichen Diskurs eine Rolle und es gab so anderthalb Menschen in der Senatsverwaltung, die sich so ein bisschen damit auskannten. Im Übrigen war das der Gesellschaft für Stadtentwicklung, der GSE überlassen, mit Mitteln, die wir als Kulturverwaltung, als Land Berlin ihr zur Verfügung gestellt haben, Räume anzumieten und runterzusubventionieren - das berühmte „Arbeitsraumprogramm“. Das hat sich in der Zwischenzeit ein Stück weit geändert, wir haben jetzt ein eigenes Referat dafür und wir haben jetzt in diesen Tagen ... gründen wir die Kulturräumbüro GmbH Berlin, mit dem Ziel, quasi infrastrukturelle Arbeit zu leisten ... das operative Geschäft in der infrastrukturellen Arbeit zu leisten - und da ist das, was der Difu Kollege gesagt hat, genau richtig. Man muss zweigleisig fahren, man braucht im Grunde die langfristige Perspektive und man muss kurzfristig was tun. Kurzfristig kannst Du in der Regel nur anmieten und runtersubventionieren. Das ist teuer. Und wenn Du nicht parallel

dazu versuchst, eigene Kapazitäten zu schaffen, Kulturräume zu sichern, dann gerätst Du in die Abhängigkeit eines Immobilienmarktes, dessen Volatilität, in die eine wie in die andere Richtung, Du nicht im Griff hast und da die Kosten, die Kulturschaffende aufbringen können, in der Regel ungefähr beim selben Level festhängen, wird die Schere zwischen dem, was man bezahlt und dem wie man runtersubventionieren muss immer größer und damit das Ganze immer teurer, um den selben Output zu haben. Deswegen ist unser Ziel, eben auch Landesliegenschaften oder Liegenschaften zu kaufen oder Landesliegenschaften zu ertüchtigen. Das gelingt auch. Das gelingt nicht in der Geschwindigkeit, wie ich es mir wünsche und natürlich ist es auch eine Ressourcenfrage. Also, wir hätten gerne noch mehr, insbesondere investive Mittel, um in dem Bereich spürbar voranzukommen. Aber so was wie die „Alte Münze“ zu entwickeln, so was wie die Schnellerstraße umzubauen zu einem Probezentrum für die Freien und Darstellenden Künste, so was wie wir an der Prenzlauer Promenade hinbekommen haben, also Räume als Kulturarbeitsräume dauerhaft zu sichern oder eben auch mit der Universal Hall - die perspektivisch vielleicht zur Verfügung steht als ein Raum für Darstellende und Performative Kunst. Ein Problem bleibt - und das ist das Problem der Basisversorgung, die im Übrigen gar nichts mit der Ausstrahlung zu tun hat, sondern die für mich in einer funktionierenden Kommune einfach dazugehört, also, Räume für Musikschulen, Räume für Jugendkunstschulen und da ist die Situation von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich. Es gibt Bezirke, die haben sehr, sehr früh begonnen - auch explizit - zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen, in Ost wie West übrigens, das ist völlig unabhängig von der Parteifarbe, wer da gerade zuständig ist, sondern es hat damit zu tun, ob Menschen ein Problem rechtzeitig erkannt haben und gegengesteuert haben. Andere haben das nicht in dem Maß getan und da sage ich jetzt, da mache ich mir große Sorgen, weil durch Corona die Schulnutzung noch mal in ganz anderem Maße schulische Räume blockieren wird, weil, wenn in Schichten unterrichtet wird, wenn in kleinen Klassengruppen unterrichtet wird, dann wird das bedeuten, dass der Zeitraum der Inanspruchnahme der Schulimmobilien noch weit zunimmt. Das heißt, wir müssen während der Corona-Zeit damit rechnen, dass unsere bezirklichen Musikschulen - beispielsweise - noch viel, viel stärker unter den Druck geraten, wenn sie - was ja in der Vergangenheit in der Regel der Fall war - schulische Räume mitnutzen wollten, weil manche Bezirke haben eine gute Infrastruktur für Musikschulen, andere haben die gar nicht. Und da mache ich mir derzeit große Sorgen und sage aber auch, wir müssen trotzdem fortfahren mit unseren sozialen Infrastrukturkonzepten in den Bezirken, Räume für Kunst und Kultur mitzunutzen. Es gibt die intensive Diskussion im Rahmen der Schulbauoffensive, um die Siebenhundert-Quadratmeter-Nutzung für die Öffnung in den Kiez hinein, wenn die Bezirke das wollen, könnten das auch Räume für Musikschulen oder für Jugendkunstschulen oder für Volkshochschulen sein und natürlich auch die Erschließung weiterer Landesimmobilien. Ich staune immer noch - die gibt es noch - die dann ertüchtigt werden und dann für Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt werden. Wir sagen, das Problem ist als ein solches politisch verhandelt, Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik. Das ist uns klar, aber wir rennen einer langen Unterlassungszeit hinterher, in der öffentliche Immobilien zum Teil aus Not verkauft werden mussten, zum Teil aus Ideologie verkauft worden sind - und das nachzuholen ist eher ein Marathonlauf als ein Kurzstreckenlauf, und da hoffe ich, dass ich die Rückendeckung, die ich bisher aus dem Abgeordnetenhaus habe - sie könnte natürlich bei Haushaltsmitteln noch ein bisschen größer sein - aber, dass ich die Rückendeckung nach Corona auch noch habe, damit wir nicht jetzt - sozusagen - die Schäden der Corona-Pandemie bezahlen mit Haushaltsmitteln, die wir eigentlich für die langfristige Entwicklung unseres Kultursektors bräuchten. Aber da haben wir alle keine Glaskugel.

H. Dunger-Löper: Vielen Dank, Herr Lederer. Ja, Sie haben jetzt eben schon eine Reihe von Maßnahmen aufgezählt, die bereits stattgefunden haben oder im Gange sind. Insofern haben wir - sozusagen kurzfristig - hier sicherlich schon einiges erreicht in den letzten Jahren. Die Frage ist ja, wie kann man es - sozusagen - strukturell eventuell noch unterlegen? Und da würde ich mich jetzt an Herrn Buchholz wenden und fragen: In den Koalitionsverhandlungen steht ja drin, dass es einen STEP Kultur geben soll, also einen „Stadtentwicklungsplan Kultur“, der ja dann zwar als - sagen wir mal - nicht ganz scharfes Schwert, aber doch der Erzeugung öffentlichen Bewusstseins mit Partizipation und ähnlichem hier eine Grundlage legen könnte, eben - sagen wir mal - langfristig das Thema anzugehen. Wie sieht es damit aus, Herr Buchholz?

D. Buchholz: Wir sind - ich sage mal - relativ nah dran, denn wir haben uns - die SPD-Abgeordneten - die im Bereich Kultur, Stadtentwicklung und Wirtschaft zuständig sind, zusammengesetzt und wir wollen tatsächlich einen „Stadtentwicklungsplan Kultur“ noch in dieser Legislatur durch das Parlament beauftragen beim Senat, denn wir glauben, es ist wichtig, dass tatsächlich die lange Linie ... wo wir sehen, es gibt einen unglaublichen Konkurrenzkampf ... eigentlich um alle Räume im Augenblick, also, egal ob es die Flächen sind, ob es schon fertige Gebäude sind. Alle wollen darauf, ob nun für den Wohnungsbau, für kommerzielle Interessen oder eben für Kunst und Kultur und wir brauchen tatsächlich so etwas wie einen Masterplan, wo wir als Land Berlin definieren - es muss auch geschützte Räume für Kultur geben. Das kann nicht sein, dass wir das ein Stück weit, oder oftmals, eben sehr den Marktkräften überlassen und dann nachher natürlich, mindestens bei der Hälfte der Fälle - der Kultursenator hat es gerade gesagt, Klaus Lederer - dann natürlich oftmals den Kürzeren ziehen, weil private Investoren in der Lage sind, viel, viel mehr Geld auf den Tisch zu legen, so dass das Land Berlin nicht alles überbieten kann, wenn jemand Fantasiepreise aufruft, das geht nicht immer ... das können wir uns nicht immer leisten. Aber, wir müssen sagen, welche Räume müssen definitiv gesichert werden langfristig und wo müssen wir auch noch neue schaffen. Auch das ist die Aufgabe eines Stadtentwicklungsplans und wir haben so etwas für den Bereich Verkehr, wir haben so etwas für den Bereich Zentren, wir haben etwas für den Bereich Einzelhandel. Warum eigentlich nicht für den Kulturbereich und deswegen glauben wir, das ist notwendig. Also, wir haben den Antragsentwurf fertig, von unserer Seite hoffen wir, dass wir da mit den Koalitionspartnern dann auch weiterkommen, dass wir das dann ins Parlament einbringen können. Wir glauben, dass das notwendig ist, denn ich erlebe das ganz konkret. Ich bin ja sowohl im Bereich Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen im Ausschuss, als auch im Kulturausschuss und erlebe eben diesen Konkurrenzkampf und diesen Druck tatsächlich von ganz vielen Seiten, die auf uns zukommen und dass tatsächlich die Clubs sagen, es kann so nicht weitergehen - und das eine ist die heranrückende Wohnbebauung, völlig richtig, dass die Leute, die es ganz hip finden, irgendwie im Prenzlberg oder in Mitte, sagen - „Da bauen wir noch ein Haus in den Innenhof.“ - und dann danach sich beschweren... die Leute, die einziehen, „Huch, ist ja so laut hier im Innenhof, weil abends vor zweiundzwanzig Uhr noch Leute in den Club gehen, das wussten wir ja nicht, dass da hier so viel los ist ...“, obwohl man ja eigentlich deswegen vielleicht auch in den Innenstadtbezirk gegangen ist. Das ist das eine, das andere ist aber tatsächlich ... sind ökonomische Gründe, dass eben die Vermieterinnen und Vermieter die Preise wahnsinnig anziehen und das gilt eben eigentlich für alle, die nachfragen, seien es einzelne Künstlerinnen und Künstler, seien es eben Proberäume, seien es Clubs, seien es andere Einrichtungen, die eben echt in den Marktkampf gehen müssen um Räume und sie sich schlichtweg nicht mehr leisten können. Und deswegen, glaube ich, ist es ganz wichtig ... wir entwickeln jetzt noch einige große Liegenschaften, große, die schon da sind. Siehe Tempelhof, siehe Tegel, die Bestandsgebäude, die auch da sind, aber eben auch neue Gebiete. Sei es die Wasserstadt Spandau, sei es die Europacity, die jetzt fast fertig ist, seien es aber auch andere in der ganzen Stadt ... davon haben wir sechzehn Gebiete. Da muss es auch immer gelten, dass wir eben - auch das wäre Aufgabe eines Stadtentwicklungsplans Kultur - von vornherein sagen, ein bestimmter Anteil der Fläche muss reserviert werden für Kunst und Kultur. Das geht bei der Bibliothek los und hört aber eben auch bei echten Kulturräumen, dezentralen Kulturräumen auf.

H. Dunger-Löper: Und wie lange rechnen Sie, wird die Erstellung eines solchen Stadtentwicklungsplans dauern?

D. Buchholz: Das ist tatsächlich immer ein langwieriger oder längerer Prozess ... er soll ja mit der Stadtgesellschaft zusammen entwickelt werden. Es soll ja kein von oben aufgesetzter Plan sein, wo dann - ich sage mal, die Stadtentwicklungsverwaltung zusammen mit der Kulturverwaltung sagt: „Wir haben uns das alles auf dem grünen oder roten oder sonst irgendeinem Tisch überlegt.“ Es soll zusammen mit allen Akteurinnen und Akteuren entwickelt werden, so dass man mindestens ein Jahr, wenn nicht sogar zwei Jahre, rechnen muss, bis so ein Stadtentwicklungsplan Kultur dann Wirklichkeit wird.

H. Dunger-Löper: Okay, vielen Dank, Herr Buchholz. Frau Remlinger, Sie haben sich ja sehr intensiv mit Fragen auch der

Öffnung von Schule in Sozialraum beschäftigt und auch darüber nachgedacht und auch entsprechende Texte verfasst, in denen steht, was das eigentlich bedeutet und was da - sozusagen - auch der Stellenwert von Kultur sein kann. Vielleicht können Sie uns darüber mal ein bisschen berichten?

St. Remlinger: Ja, sehr gerne, weil es freut mich sehr, dass ich als Frau, die sich um gute Schulbauten und gute Bildung kümmert, hier über Kulturräume mitdiskutieren darf ... weil ich sehr stark auch dafür stehe, dass wir integrierter denken sollten und weniger in Ressorteingrenzen denken sollten. Ja, ich war sehr maßgeblich ... bin sehr stolz, dass es die Schulbauoffensive gibt, weil ich die sehr maßgeblich erkämpft habe und ich habe sie auch erkämpft mit dem Wissen, dass nur wenn wir schaffen, schneller zu werden auch, wir gute Schulen bauen können. Schulen fürs einundzwanzigste Jahrhundert, die für mich eben auch Schulen sind, die - ja - sich in den Sozialraum öffnen, die dann - was, glaube ich, eigentlich ein alter Traum ist ... zu sagen, wir haben große Gebäudekomplexe mitten in der Stadt. Es gibt ja in der Kultur auch das Konzept des Dritten Ortes. Das könnten Schulen sein, identitätsstiftende Gebäude, gut erreichbar, barrierearm und so weiter. Und guter Schulbau heißt eben auch einerseits, dass es die qualitativsten Gebäude sind, die flexibelsten Gebäude. Sehr gute Schulen können die sein, wo wir ... und das haben wir dann in dem Berliner Konzept „Berliner Lern- und Teamhaus“, das sich verabschiedet hat von „Schule ist so ein langer Flur, wo rechts und links Räume abgehen und ...“, ja, sondern wo wir Mehrzweckflächen haben, wo wir Schließsysteme haben, dass praktisch verschiedene Leute die Räume betreten können, dass eben die Aula und Mensa konvertierbare Räume sind, die auch von der Öffentlichkeit nutzbar sind. Prinzipiell, ich habe auch Schulen gesehen, die haben einfach ihre ... jede Schule hat eine Schulbibliothek, aber meistens ist die vielleicht im Keller oder so ... warum ist die nicht an der Gebäudeaußenfläche? In Hohenneuendorf steht so eine Schule, die kann von außen ... die Bibliothek ... da war ich. Da saß eine städtische Bibliothekarin und hat eben auch diese Bibliothek auch für die Öffentlichkeit offen gehalten und auch für die Schule. Also wenn man Schulen intelligent und qualitativ denkt, ist das der erste Schritt, glaube ich, um zu sagen: „Ihr könnt auch kommen!“. Der zweite Schritt ist natürlich auch zu überlegen, was braucht Schule, um sich öffnen zu können. Ich versuche, Schule immer zu verteidigen, weil es eine Institution ist, von der alle alles erwarten und immer sagen: „Schule müsste doch und Schule könnte doch ...“ und alles, was die Gesellschaft an Problemen hat, soll die Schule lösen. Ich sage hier mal, wenn Herr Dr. Lederer jedem Bezirk eine Million Euro für Hausmeister spendieren würde, dann wäre es wahrscheinlich seine größte kulturpolitische Tat, weil dann könnten wir ... dann könnten wir Schulen am Abend und am Wochenende öffnen, weil wir können nicht erwarten, dass Schulleitungen den ganzen Abend und das Wochenende dableiben oder auch der eine Hausmeister die Flächen bewirtschaftet, ja, also, so ... wir müssen die Bedürfnisse von Schule mitbedenken und sagen, es muss eben am Montag Früh auch wieder sauber sein, dass die Lehrkraft nicht erst aufräumen muss, sondern, ja, das Gebäude ordentlich hinterlassen wird. Also, die Menschen, die es braucht, die Ressourcen, die es braucht, um öffnen zu können, eben auch mitzudenken. Ja, und wie gesagt, in Berlin bauen wir immer noch zu viel Notgebäude, sage ich mal, aber eigentlich sind wir auf dem Weg zu sagen, wir haben hier ... konzipiert, Schulgebäude, die Teamräume haben, die Mehrzweckräume haben, die eben für die Öffentlichkeit auch zugänglich sind. Wie gesagt, jetzt brauche ich nur noch von Herrn Lederer die Hausmeister und dann können wir da ein großes Raumpotential heben. Umgekehrt natürlich, hat Herr Dr. Lederer auch recht, jetzt im Moment ist es eher so - oder Berlin war vorher schon mit Schulplatznot schwer am Kämpfen mit vielen, vielen Notsituationen, wo Schule gerade nicht unbedingt so offen, so fröhlich ist und sagt: „Kommt, kommt alle zu uns rein und nutzt ...“. Corona macht es ein Stück weit noch schwieriger und wir haben gerade ins Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der eigentlich sagt: Wir möchten gerne einen kleinen Ganztags, eine Kernarbeitszeit für Eltern freischaufeln, wo die Kinder zuverlässig betreut sind. Dazu brauchen wir Räume jenseits von Schule, wenn wir ... wenn wir kleine Gruppen haben - allen Jahrgängen Präsenzangebote machen wollen, reicht der Platz in Schulen nicht aus und ich wäre auch dafür, dass wir das aber auch als Chance sehen, dass wir konzeptionell ... Schule und Musikschule, Schule und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schule und auch Gartenarbeitsschule konzeptionell miteinander ins Gespräch kommen. Was ist Bildung und Erziehung und was ist kulturelle Bildung? Und dass wir diese Beziehungen dann auch über die Krise hinaus

bewahren und weiterentwickeln können, wenn Schule doch wieder stärker ist, doch wieder in seine eigenen Räume zurückgehen kann, vielleicht die Kollegen von der Kultur dann auch, die sie dann inzwischen schon gut kennen, auch wieder mit in die Schule zurücknimmt. Das wäre so bisschen meine Vision in der Krise.

H. Dunger-Löper: Vielen Dank, Frau Remlinger. Lassen Sie mich doch da noch mal nachfragen. Verschenken wir denn da nicht im Augenblick - sozusagen - ein großes Potential mit den Schulen, die jetzt neu gebaut werden? Meine Nachfragen danach, ob dort vorgesehen ist, beispielsweise eben auch, Räume für Musikschulen und ähnliches mitzusehen ... sind immer auch ins Leere gelaufen. Da hat der Bezirk gesagt, dafür gibt es kein Geld und auf der Senatsebene hat man uns gesagt, die Bezirke fordern es nicht. Ist da - sozusagen - gerade mit der ... mit den Vorgaben des Bedarfsprogramms nicht hier wirklich zu kurz gedacht?

St. Remlinger: Ja, jetzt könnte ich lebhaftere Geschichten aus den Koalitionsverhandlungen erzählen und wie viele Stunden wir gerungen haben und - in der Tat - war die sozialräumliche Öffnung der schwierigste Verhandlungspunkt, wo ich auch nur halb gewonnen habe. Das erste Problem ist allerdings, dass wir, weil zu spät angefangen worden ist, noch kaum eine Schule nach dem neuen Konzept überhaupt gebaut haben, eigentlich keine. Ja, also die modularen Ergänzungsbauten sind nicht nach dem neuen Konzept gebaut. Wir müssen gucken ... und ja, wir sind ... deshalb sage ich, wir müssen ressortübergreifend denken. Die Schulbauoffensive ist bekanntlich eine mindestens fünf Komma fünf Milliarden schwere Operation, ich sage immer, das größte Versprechen, das diese Regierung gegeben hat - und mit diesen Milliarden sind aber wirklich erst mal nur praktisch die Schulplätze abgesichert. Und wir haben ausverhandelt, dass alles was Schule, die Schulgebäude können müssen, um - zum Beispiel - auch Gründächer zu ermöglichen oder andere Nutzungen zu ermöglichen, baustrukturell nicht kommen darf und sagen darf - „Unser Dach ist zu wackelig.“ - oder - „Wir haben das Schließsystem vergessen.“ Aber die Schule kann nicht die Kulturbedarfe, die Sportbedarfe, alle anderen Bedarfe aus seinem Etat decken. Das ist die Herausforderung auch auf haushalterischer Ebene aus meiner Sicht, dass wir ... Herr Zillich, ein Kollege von Herrn Lederer, und ich haben vorgeschlagen, wir bräuchten einen Finanztopf - deshalb, ich finanziere Mischvorhaben statt zu sagen - „Ich muss Mischfinanzierungen irgendwie kombiniert bekommen.“ - weil das ist, was wir sehen, das nicht funktioniert. Dass wir sagen: „Lieber Bezirk, Du hast ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für Dein Kiez, da wird ja auch noch eine Stadtteilbibliothek gebraucht und eine Kita und eine Jugendeinrichtung. Kannst Du bitte Deine Investitionsplanung mit unserer ... mit der Investitionsplanung der Schulverwaltung synchronisieren?“ Das ist das, was im Moment nicht klappt und da müssten, in der Tat, wir als Land stärker uns in die Verantwortung begeben und aktiv versuchen, dass wir eine neue Art von Co-Finanzierungen hinkriegen, damit dann nicht die Schule die Musikschulräume mitbezahlen muss ... weil da an der Stelle sind wir praktisch etwas in die Sackgasse geraten in den Verhandlungen.

H. Dunger-Löper: Herr Lederer, Sie hatten sich noch dazu gemeldet ...

Dr. K. Lederer: Ja, ich wollte jetzt eigentlich keinen Essig in die Vorfreude auf den Kultur- ... den Stadtentwicklungsplan Kultur gießen, der dann alle Probleme lösen soll. Er löst nämlich gar kein Problem, um das erst mal vorweg zu sagen. Wir sind derzeit dabei, mit einem Bibliotheksentwicklungsplan, den wird partizipativ erstellen. Seit einem Jahr arbeiten wir daran, seit anderthalb Jahren arbeiten wir daran, den zu entwickeln ... und der wird eben partizipativ gemacht ... und ich glaube, dass man sich tatsächlich Sparte für Sparte an das Thema annähern muss, weil die Sparten haben unterschiedliche Logiken. Und was mir derzeit tatsächlich noch fehlt - zu wenige Bezirke haben die kulturelle Infrastruktur in ihren sozialen Infrastrukturkonzepten drin - es gibt aber welche. Und es gab bei mir am Tisch eine - da war Herr Rackles noch Staatssekretär - eine Zusammenkunft mit der Schulverwaltung, wo die Schulverwaltung sich durchaus offen gezeigt hat, zu sagen, wenn die Bezirke uns ihre Bedarfe melden und Orte identifizieren, wo man die Investitionen miteinander verbinden kann, zeigen sie sich offen, diese Investitionen miteinander zu verbinden. Diese Möglichkeit gibt es also. Nach meiner Kenntnis haben die Bezirke fünfundsiebzig Orte identifiziert, fünfundsiebzig Schulstandorte identifiziert, an denen solche zusätzlichen Bedarfe umgesetzt werden könnten. Da braucht es dann in der Tat die Finanzierung dafür und wie schwer

Investitionsmittel zu bekommen sind, das wissen wir. Und es gibt dann Bezirke, die setzen den Schwerpunkt und es gibt andere Bezirke, die setzen andere Schwerpunkte, aber ich sage mal nur, wenn wir diese fünfundsiebzig Standorte realisieren würden - und es betrifft dann die ganze Breite des Kulturbereichs - dann hätten wir ... dann wären wir einen großen Schritt voran. So - und, in der Tat, Schule muss nicht Bedarfe für alle anderen mitabfeiern. Wenn ich aber überlege, dass ich vielleicht auch eine andere Vorstellung davon habe, wie Schule in den Sozialraum hineinwirken soll, dann macht man eben solche Sachen wie in jedem Schulneubau, siebenhundert Quadratmeter für soziokulturelle und sozialräumliche Öffnungen zur Verfügung stellen. Das ist ja durchaus mit geplant, das finde ich gut, aber dann sagt man eben nicht, der Kultursenator soll dreißig Hausmeisterstellen bezahlen, sondern dann müssen wir eben dafür sorgen, dass Schulen auch in die Lage versetzt werden, sich in den Stadtraum zu öffnen. So ... und das ist eine Geschichte, die muss, in der Tat, im Rahmen von Haushaltsberatungen mitverhandelt werden, wenn man das will. Was nicht geht, ist zu sagen: „Öffnet Euch mal den Sozialraum, aber wir geben Euch die Möglichkeiten nicht.“ Was eben auch nicht geht, ist zu sagen: „Also, wenn Ihr wollt, dass wir Euch den Sozialraum öffnen, dann muss die Kulturverwaltung mal eine Million irgendwo anders rausziehen und dann da reingeben und dann bezahlen wir mal eben dreißig Hausmeisterstellen.“ Ich glaube, das ist jetzt nicht die Lösung des Ganzen, sondern Investitionsmittel gezielt zur Verfügung stellen ... und wie gesagt, manche Bezirke sind da extrem gut und andere Bezirke sind da nicht so gut und das hat mit den Farben gar nichts zu tun, sondern das ist ... manche Bezirke sind halt fitter und manche sind es halt nicht.

H. Dunger-Löper: Ja, aber hier sehen wir doch durchaus einen Handlungsbedarf, den man durchaus umsetzen kann. Jetzt will ich an dieser Stelle weitermachen. Jetzt wäre Herr Boutellier drangekommen. Ich habe schon hingewiesen darauf, dass er heute erkrankt ist, aber wir haben ihn natürlich deshalb eingeladen, um zu überlegen - wie passiert es eigentlich bei neuen Großprojekten, dass hier die Kultur einen Niederschlag findet. Und das kann ja nun nicht jeder beantworten, aber er hat uns ein Statement übermittelt, in dem er gesagt hat, was er - sozusagen - hier beobachtet und das meines Erachtens auch wieder einiges an gutem Handlungsbedarf hervorruft. Dann darf ich, bitte, Frau Stoff bitten, uns dieses Statement kurz vorzutragen.

F. Stoff: Danke, Frau Dunger-Löper. Herr Philipp Boutellier, Geschäftsführer der Tegel Projekt GmbH, schreibt: „Seit 1989 lebe ich mit Unterbrechungen in Berlin und bin unverändert begeistert von dem lebendigen kulturellen Leben und der vielfältigen Nischenkultur, die zentraler Bestandteil von dem Berlin der Toleranz und Freiheit sind, das ich so liebe. In London sah ich in den 1990er Jahren, was es bedeutet, wenn die Stadt von Gewinnstreben regiert wird und Künstler keinen Platz mehr finden. Berlin ist die einzige Metropole, deren Attraktivität auch von der Off-Szene geprägt wird. Dies ist leider auch zunehmend der Gentrifizierung unterworfen. Deswegen muss die Stadt, müssen wir etwas tun. Dies betrifft sowohl die öffentliche Hand als auch privates Engagement. Als ich die Nachnutzung von Tegel übernahm, haben wir mit dem Team sofort auch über kulturelle Nutzung nachgedacht. Vor dem letzten BER-Eröffnungstermin war ich - zum Beispiel - im Austausch mit Martin Hoffmann, dem damaligen Intendanten der Berliner Philharmoniker und wir überlegten, wie wir nach der Schließung des Flughafens Tegel ein spektakuläres Konzert veranstalten könnten. Ich dachte auch darüber nach, ob man nicht in dort stationierten Hubschraubern der Bundeswehr zum Abschied das „Helikopter-Streichquartett“ von Stockhausen aufführen könnte, aber Martin warnte, »das würde vermutlich mehr als eine Million Euro kosten.« Ich hatte dann auch mit Thomas Oberender besprochen, ob wir nicht die Berliner Festspiele teilweise im Terminalgebäude aufführen könnten, was er sehr spannend fand. Leider kam es dann mit der nächsten BER-Verschiebung nicht dazu und die Pläne sind wieder eingeschlafen. Neulich kontaktierten uns dann Georg Weckwerth und Matthias Osterwald, die beiden Macher des Sonambiente Klangkunstfestivals von 1996 und 2006. Was gäbe es für einen geeigneteren Ort als die leeren Terminalgebäude für ein solches Festival, vielleicht gepaart mit weiteren Kunstaktivitäten, Ausstellungen, einer Art »Berlin Art and Sound Week« zum Auftakt der Nachnutzung, bevor die Bauarbeiten beginnen? Mit der Clubcommission und Dr. Klaus Lederer haben wir vor einiger Zeit einen Rundgang durch die Nebengebäude gemacht. Dort gäbe es potentiell die Mittel und die Möglichkeit einer ungestörten Clubnutzung für viele Jahre. Es versteht sich von selbst - was immer wir dort

kulturell unternehmen - es darf nicht mit den Bauarbeiten oder der Nachnutzung in Konflikt stehen und auch nicht den ohnehin verzögerten Zeitplan gefährden. Deshalb kann ich zwar einerseits Lust machen auf den nächsten Sommer, muss aber andererseits auch vor zu großen Erwartungen warnen, weil das Gebäude und das Gelände über viele Jahre nur sehr eingeschränkt betret- und benutzbar sein wird. Ein Budget für Kultur haben wir als Tegel Projekt nicht. Wir können nur die Plattform bieten.“

H. Dunger-Löper: Ja, ich finde das schon mal einen sehr guten Ansatz, dass die Offenheit da ist, Kultur miteinzubeziehen, aber die Frage stellt sich natürlich: Sind Zwischenlösungen wirklich eine Lösung? Wir haben an verschiedenen Stellen gesehen, dass das immer die Konflikte nur teilweise verschiebt, aber nicht löst ... so richtig jedenfalls, nach meinen Erfahrungen. Aber kommen wir zu Ihnen, Herr Zimmermann. Sie haben jetzt viel über die Berliner gehört. Sie sind ja als Generalsekretär des Deutschen Kulturrates sozusagen bundesweit unterwegs und sehen auch noch darüber hinaus. Wie ist denn Ihre Einschätzung zum Thema „Räume und Kultur“?

O. Zimmermann: Na ja, wir müssen erst mal anfangen, dass wir im Moment ja wirklich in einer Situation der Wahrheit sind ... also, die Coronakrise hat ja vieles aufgedeckt. Sie deckt aber auch, finde ich, noch einmal ganz intensiv, wie die Situation von vielen Künstlerinnen und Künstlern eben ist. Also, wir haben diese Krise gehabt, wir haben das Abpreschen der Veranstaltungen gehabt und wir haben schon wenige Tage später Künstlerinnen und Künstler in Not gehabt. Also, das ist einfach eine Situation, die wir ja auch in anderen Wirtschaftsbereichen in dieser Strenge so nicht gehabt haben, und das gilt natürlich nicht nur für Berlin, aber es gilt eben auch für Berlin. Das heißt, also auch die Künstlerinnen und Künstler in Berlin gehören sehr oft zu denen, die nur prekäres Einkommen haben, prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben, also, die wirklich auch in der finanziellen Versorgung am unteren Ende sind. Und deswegen ist die Frage, was man sich - zum Beispiel - als Künstlerin, als Künstler auch leisten kann in einer Stadt auch, glaube ich, ganz entscheidend. Und ich finde, ja - das sage ich als Berliner - ja, auch, diese Stadt ist toll, ist super, aber natürlich geht sie einem auch echt auf den Nerv, weil sie -zum Beispiel - große Themen nicht unbedingt immer groß anpackt. Nun haben wir in dieser Stadt die meisten Künstler, wenn man das vergleicht - zu allen Bundesländern ... sich das anschaut. Es gibt kein anderes Bundesland in Deutschland, was mehr Künstler beherbergt als Berlin und damit meine ich jetzt nicht nur die Stadtstaaten - Hamburg, oder weiß ich nicht - auch die kleineren Länder - Saarland, nein, auch so ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen, hat weniger Künstler als Berlin. Hat aber fünfmal so viele Einwohner und hat achtunddreißigmal so eine große Fläche zur Verfügung. Das heißt also, da gibt es ja ganz andere Möglichkeiten, wenn man, also, letztendlich, auch ein Atelier sucht, einen Übungsraum sucht oder etwas ähnliches. Wenn man sich diese Dimension anschaut, dann finde ich das, was ich auch bisher so angehört habe, ganz spannend, super, toll. Aber eigentlich, was die Situation angeht und was die Not angeht, eigentlich zu klein gedacht. Also, die Frage ist, wie kann man diese Stadt - die ja wirklich die Stadt der Künstler in Deutschland ist und die ja auch davon lebt, dass sie das ist, die von dem kreativen Impuls viel mehr lebt als jede andere Stadt in Deutschland - wie kann man dafür, letztendlich, ein großes Programm machen ... und ich finde, dass man da auch anfangen müsste, ein bisschen größer und weiter zu denken, auch ein bisschen so in einer Idee zu denken: Für was haben wir eigentlich die Künstler in dieser Stadt? Sind das nicht so Leute, so ein bisschen wie Forscher, die uns eine neue Dimension auch in der Stadt öffnen? Müssen wir sie dann nicht genauso eigentlich behandeln? Also, wenn in dieser Stadt hier jemand wissenschaftlich tätig ist, Grundlagenforschung betreibt, dann ist es selbstverständlich, dass man ihm auch Arbeitsräume zur Verfügung stellt, damit er das tun kann. Bei Künstlern macht man das nicht, obwohl sie ja doch eigentlich auch künstlerische Forschung betreiben, sondern da sagen wir, letztendlich, das muss eigentlich der Markt regeln. Und ich glaube, dass es der Markt nicht regelt. Also, wir haben ja die verrückte Situation in Berlin, dass die Künstler, die im ehemaligen Westteil der Stadt leben, im Durchschnitt, wie es mit Künstlersozialkasse ist, ein geringeres Einkommen haben als die Künstler, die im ehemaligen Ostteil der Stadt leben. Finde ich immer ganz spannend. Also, die im Ostteil verdienen so bisschen mehr als siebzehntausendfünfhundert Euro im Jahr und die im Westteil ein bisschen mehr als fünfzehntausendfünfhundert Euro im Jahr, aber egal wie auch immer man das rechnet, das ist sowieso so wenig, dass man

eben viele Sachen überhaupt nicht machen kann. Deswegen glaube ich, man müsste viel größer denken – und Sie haben mich gefragt nach der internationalen Perspektive – ja, da steht ja Berlin gar nicht schlecht da. Also, wenn man jetzt andere Metropolen, vergleichbare Metropolen, sich anschaut, ist es in Berlin immer noch möglich, bestimmte Öffnungen zu schaffen. Eine meiner Schwestern lebt in Melbourne, Australien und da kann man sehen, um wie viel schwieriger es auch in dieser Stadt ist, auch als Künstlerin, zum Beispiel überleben zu können – und das haben wir, weiß ich nicht – in New York, das haben wir in London, das haben wir in Paris, aber gerade weil Berlin noch diese Chance hat, würde ich mir ein bisschen mehr ein ehrgeiziges Programm auch vom Kultursenator wünschen.

H. Dunger-Löper: Ja, vielen Dank, Herr Zimmermann. Jetzt haben wir – sozusagen – eine Reihe von Aspekten hier aufgezeigt und ich würde gerne in der zweiten Runde von Ihnen noch mal ein bisschen herauslocken: Was sind eigentlich die nächsten Schritte? Wir haben auf der einen Seite das Thema „öffentliches Bewusstsein schaffen“, „Ansprüche erheben“ ... ich glaube, das passiert hier durchaus sehr intensiv – aber wird es auch gehört? – ist die Frage, und was kann man tun, um das noch zu verstärken? Wir haben das Thema STEP Kultur diskutiert ... ist die Frage, ist es – sozusagen – tatsächlich ein scharfes Schwert, mit dem wir etwas voranbringen können oder transportiert es diesen Gedanken des öffentlichen Bewusstseins? Wir haben in vielen anderen Städten ... ich denke hier nur mal an Köln ... also, die großen ... Hannover et cetera ... Kulturentwicklungspläne, die einerseits eine Bestandsaufnahme machen und dann aber auch ganz konkret, schrittweise, jahresweise, bestimmte Initiativen festlegen. Wir hören – zum Beispiel – aus NRW ... Sie haben das eben angesprochen ... wo die Dichte der Kultur möglicherweise nicht so groß ist wie hier, dass es dort zumindest ein Kulturfördergesetz gibt, das auch ganz klare Vorgaben macht, nun allerdings natürlich auch in anderen Dimensionen, zum Beispiel, was den ländlichen Raum et cetera angeht, das, was Sie vorhin angesprochen haben – die Sicherung des Dritten Ortes – tatsächlich, sicherlich ein Vorbild, dem man nachahmen könnte. Und wir haben in anderen Ländern, zum Beispiel in Hessen, die Verankerung der Kultur in der Verfassung, aus dem sich dann wieder gesetzliche Dinge ableiten. Was ist aus Ihrer Sicht sozusagen der nächste Schritt? Wo müssen wir ansetzen, damit wir tatsächlich hier vorankommen, einerseits akute Nöte zu bearbeiten und andererseits aber auch langfristige, strukturelle Maßnahmen zu erheben? Wer möchte anfangen? Herr Lederer, wollen Sie wieder anfangen?

Dr. K. Lederer: Vielleicht will Herr Zimmermann anfangen? Er scheint sich gut auszukennen hier ... nein, ganz ehrlich ...

O. Zimmermann: Ich bin ja Berliner, warum soll ich mich nicht auskennen?

Dr. K. Lederer: Ganz ehrlich, nee, mal ganz ehrlich, es reicht eben nicht jeden Tag eine Pressemitteilung abzusetzen, wenn man für Kultur in der Stadt verantwortlich ist, sondern man muss sich, in der Tat, dahinterklemmen. Und heute reden wir über das Thema „Räume“ und die erste Frage war: Wo ist der Sachstand? Ich habe schon durchaus sehr ambitionierte Vorstellungen, sowohl für die Räume als auch für die Infrastruktur der Stadt, aber am Ende ist es eine Ressourcenfrage und da muss ich an der Stelle feststellen, dass all diejenigen, die warme Worte für Kultur übrig haben, dann wenn es entscheidend wird, immer nicht verstehen, dass ich wegen fünfunddreißig Millionen wegen der „Alten Münze“ kurz vor dem Rücktritt stand, weil diese fünfunddreißig Millionen bei SIWANA kaum bereit gestellt werden ... ja, das ist die Wahrheit, Daniel ... es ist ganz genauso. So ist es nämlich, und da helfen alle Pläne nicht. Der Bibliotheksentwicklungsplan, wenn wir den umsetzen wollen, das bedeutet, eine dezentrale Struktur in der Stadt, wo wir tatsächlich eine flächendeckende Versorgung mit Dritten Orten schaffen wollen, was im Übrigen auch bedeutet, dass wir ganz viel neue Orte schaffen müssen, weil in der Zeit der harten Konsolidierung hier diverse Orte weggebrochen sind und manche Orte, die wir da haben, auch für die Zwecke, die heute Dritte Orte erfüllen müssen, gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Diesen Bibliotheksentwicklungsplan umzusetzen, kostet zweistellige Millionenbeträge. Die müssten wir den Bezirken zur Verfügung stellen und zwar Personalausstattung – da reden wir noch nicht über die Investitionsmittel und über den sukzessiven Ausbau der Infrastruktur. Die Aufstockung der Festanstellungen im Musikschulbereich – sind jetzt insgesamt etliche Millionen – wenn wir wirklich noch deutlich höher gehen wollen, sind es zusätzliche Millionen. Da ist dann die

Rückendeckung ... also, alle lassen sich mit den Postkarten gerne fotografieren, aber wenn es dann hart auf hart kommt, werden dann eben andere Dinge ... und dann geht das große Rangeln los und dann das große Verhandeln und das große Austauschen. Auch da wäre es schön, wir machen einen Entwicklungsplan und dieser Entwicklungsplan hat aber keinerlei Verbindlichkeit, der muss in Haushaltsverhandlungen ... und dann untersetzt werden und da wird dann relativ schnell gesagt: „Na ja, die Bezirke haben ja eine Globalsumme, das sollen die mal aus ihrer Globalsumme bezahlen.“ Das ist leider die Wahrheit. Am Ende bleiben es alles Ressourcenfragen und deswegen sage ich, ich fände es ganz gut, wenn wir uns da durchaus auch darauf verständigen, dass man Kultur im Bezirk zur Pflichtaufgabe macht. Ich fände es ganz gut, wenn so was wie Musikschulen und Jugendkunstschulen nicht als freiwillige Aufgaben betrachtet würden, sondern mit verbindlichen Kennziffern Einzug halten in die Globalsummen der Bezirke und dann auch kontrolliert wird, dass die Mittel dafür ausgegeben werden und dass sie nicht zur Quersubventionierung anderer Bereiche, wo sich dann Leute irgendwie gerne mal so, na ... da fängt das Ganze an. So, und dann geht es natürlich so weiter, dann geht es, in der Tat, weiter, dass die Investitionsmittel, die uns derzeit zur Verfügung stehen, um landeseigene Immobilien umzuschichten, eben überschaubar sind, weil wir einen Schwerpunkt gesetzt haben, weil wir gesagt haben: „Wir geben jetzt mal für den Wohnungsbau und wir geben für den Schulbau erhebliche Millionensummen aus, Milliardensummen aus.“ Das bedeutet eben auch, dass andere dann in der Prioritätenliste ein Stück weit nach hinten rutschen und für jede Einzelmaßnahme kämpfen müssen. Ich wünschte mir ein Bekenntnis zur Zentral- und Landesbibliothek, die wir jetzt versuchen hier zu etablieren, in der Mitte der Stadt, die einen dreistelligen Millionenbetrag kosten wird und ich weiß schon, wann die Debatten wieder anfangen, ob wir uns denn das unter Coronabedingungen wirklich leisten können. Und dann sind natürlich die anderen Dinge - also Philipp Boutellier hat es ja gesagt - er hat kein Budget für Kultur ... die Tempelhof Projekt GmbH hat kein Budget für Kultur. Also, während hier andere Dinge als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden, ja, also, Verwaltung dann als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird, hat Kultur immer einen besonderen Begründungsbedarf und muss Kohle immer selbst mitbringen. Die haben wir aber nicht, die liegt nicht irgendwo herum. Wir haben nicht irgendwo einen großen Topf an Ressourcen, die wir da reinstecken können. Und so insgesamt muss ich aber mal sagen, wenn man jetzt mal zurückblickt ... in den letzten sieben Jahren, also jetzt die Coronakrise mal raus ... da wo ich im Übrigen auch mal sagen will ... Herr Zimmermann, neunzig Millionen mal von heute auf morgen auf den Tisch gepackt, um ein Förderprogramm aufzusetzen für die privat getragenen Kultureinrichtungen, die bislang keinen Cent bekommen haben, dreistellige Millionenbeträge für Solo-Selbstständige ausgereicht - und nämlich innerhalb von fünf Tagen. Das hat kein anderes Bundesland fertiggebracht, da lässt sich dann als Kultur-Generalsekretär mit einer Pressemitteilung irgendwie an den großen Bund und an die große gemeinsame Anstrengung appellieren. Aber es lohnt sich schon, genau hinzugucken, was in den Ländern wirklich passiert und man kann das auch mal würdigen, man muss nicht immer auf seiner eigenen Presserklärung und auf seiner eigenen Konzeptidee bestehen, sondern man kann ja mal, im besten Sinne, versuchen, die Leute zusammenzubringen und tatsächlich gemeinsame Allianzen zu schmieden. Was dann bedeuten würde, dass man seine eigenen Leute auch mal einen Meter zurücknimmt. Ja, so ... es passiert enorm viel. Ich bin schwer dafür, dass man Kultur in der Verfassung noch stärker verankert, ich bin schwer dafür, dass wir ein Bibliotheksgesetz, ein Musikschulgesetz machen auf Landesebene, mit verbindlichen Kriterien, wie viel pro Einwohner dafür zur Verfügung zu stellen ist. Für all diese Dinge bin ich sofort zu haben, aber dafür braucht es Mehrheiten und das wäre dann, im Übrigen, wirklich was, das unterm Strich was brächte. Dann kann ich nämlich als Bezirk die Zuweisung der entsprechenden Ressourcen verlangen und man wird nicht verwiesen auf eine Globalsumme, bei der ich dann gucken muss, wie ich es wieder an einer anderen Stelle wegnehme. Und dass nach jahrelangem Abbau in den Bezirken immer noch die Situation nicht so ist, dass aus dem Vollen geschöpft werden kann. Also, es gibt viele Möglichkeiten, in kluge Allianzen einzutreten, Freie Szene mit den Institutionen. Ich erwarte eigentlich auch von den Kulturinstitutionen, die hier mit erheblichen Millionenbeträgen von uns gefördert werden, dass sie sich auch öffnen, Richtung Freie Szene, dass sie sich auch öffnen, Richtung Breitenkultur. Da ist noch viel mehr ... besteht noch viel mehr an Möglichkeiten, als es derzeit existiert. Was ich als ein Problem empfinde, ist, dass ... es gibt nach wie vor die Kleingärten. Jede Sparte, jeder Verband, jeder Bereich - sozusagen - hat seine eigenen -

nachvollziehbar - seine eigenen Interessen, aber daraus eine gemeinsame Allianz zu schmieden, die dann den Kulturakteuren in der Allgemeinauseinandersetzung auch den Rücken stärkt. Das ist bislang tatsächlich noch nicht gelungen, das ist eine ziemlich große Herausforderung. Ich merke, dass man sich abstrakt relativ schnell hinter der Fahne versammeln kann, aber wenn es dann konkret wird, dann sieht natürlich jeder Bereich, dann sieht natürlich jede Sparte die eigenen Defizite, die eigenen Notwendigkeiten ... ich habe dafür ein gewisses Grundverständnis, aber dann hat man halt oft die Debatte: „Wir kriegen nur zehn Prozent und die kriegen neunzig Prozent.“ Zwischen angeblicher Hochkultur und ... da sage ich immer, das finde ich, kann man nicht gegeneinander stellen, sondern da braucht es gemeinsame Allianzen, da muss man was miteinander auf die Beine stellen und da wünschte ich mir mehr Lautstärke, in der Tat, mehr Lautstärke.

H. Dunger-Löper: Da sind wir uns einig. Aber das, was Sie eben gesagt haben, eben Verankerung in der Verfassung, Verankerung in entsprechenden Gesetzen oder einem Gesamtkulturkitt ... das ist ja eben eine Anforderung an die beiden Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die hier sind - und dann würde ich Sie gerne danach auch dazu hören. Wer von Ihnen möchte denn darauf eingehen, wie sieht es denn aus? Frau Remlinger, zum Kulturfördergesetz?

St. Remlinger: Ja, also wir haben ... wir haben im Jugendbereich ein Jugendfördergesetz gemacht und ich kann mir schon einerseits vorstellen daran anzuschließen, andererseits auch ... bisschen hoffen, dass es kein Papiertiger wird. Ich glaube etwas Essentielles, ob man das dann Kulturentwicklungsplan nennt oder Gesetz, ist tatsächlich diese Kriterien zu definieren, was sind denn Zielvorstellungen, wo wir hinwollen ... ohne dass ich es als Bildungspolitikerin der Kulturpolitik irgendwie, na ... aber wenn ich versuche, die Dinge so irgendwie zusammenzudenken und aus meiner politischen Erfahrung ... also, die Bedarfe zu definieren, Kriterien, Zielpfade für die Sparten, ist zweifellos unheimlich wichtig, weil Politik wird über Zahlen bewegt. Ja, wenn man argumentieren kann und ich hänge so weit hinter meinem festgelegten Bedarf zurück ... na, dann ist es noch keine Gewähr, dass man es bekommt und man ist aber ... man ist in der Debatte. Ich wäre aber trotzdem dafür, dass man das - Geld ist nicht gleich Geld - es ist nicht ... ein Euro kann so weit reichen oder auch so weit. Und ich glaube nicht, dass wir weiterkommen, wenn wir immer so spartenmäßig denken und wenn wir gegeneinander denken. Jetzt bin ich sofort, na, wenn Herr Lederer spricht ... ich weiß gar nicht ... so feurig ist. Ich bin Kleingärtnerin, ja. Wir haben in unserer kleinen Gartenanlage einen Spielplatz gebaut, damit die Familien im Umfeld kommen können. Ich bin gerade mit Graffiti-Künstlern im Gespräch, dass sie unsere Hütten besprayen. Es kann ein Miteinander geben. Ja, wir sind auch mit den Urban Gardenern im Gespräch, wir bieten ihnen einen Teil unserer Beete an, und so weiter und so weiter. Wir müssen Dinge ineinander, zusammen ... wir müssen neu denken, damit das Geld weiter reicht. Wir müssen ... wir können Schulen bauen, wo obendrauf eben Ateliers draufgebaut werden. Ich will ein Bildungshochhaus haben, wo verschiedene Sachen drin sind und ich glaube, man muss das „große Denken“, das Herr Zimmermann völlig zurecht einfordert - das fehlt mir auch manchmal in Berlin, dass wir uns trauen zu sagen - „Wir haben große Ziele.“ - so wie ich eben achtzig neue Schulgebäude in der Schulbauoffensive will, die Schlösser sind, die Gebäude sind, wo man gar nicht mehr raus will, ja ... aber sich dann gleich ... ich bin in solchen Gebäuden gewesen und - ja, das kann auch finanzierbar sein. In Berlin kommt immer sofort - „Das ist viel zu teuer.“ - bevor man überhaupt gefragt hat, was zum Beispiel die Schule Nordrhein-Westfalen, die - jedes Gebäude ist architektonisch mit den Schülern beim Bauen erst entwickelt worden, das steht inmitten von Wasser, das hat lebende Bäume im Gang. Ja, wie hat das arme Nordrhein-Westfalen das hingekriegt? Warum traut sich Berlin so was nicht zu? Ich bin in Schulen gewesen, da willst Du nicht mehr raus, da ist es so angenehm - ja, da hinzuziehen und dann doch für die Hausmeister zu kämpfen. Vielleicht, wenn der Herr Lederer sie mir nicht gibt, dann gucke ich woanders, aber die Lösungen sind kleinteilig, die Lösungen sind komplex, wenn wir das ineinander denken wollen, wenn wir so ... aber ich glaube, das ist unheimlich wichtig, das so zu kombinieren, diesen Weg, den Sie beschreiben ... zu sagen, erst mal sich als Kultur selber definieren, aber dann mit allen ins Gespräch kommen. Und da wäre Tegel vielleicht tatsächlich so ein Beispiel - Beteiligung ist der Schlüssel, dass dann alle da sind, die was wollen und dann denken wir es ineinander und schauen, wie jeder zu seinem Recht kommt, aber nicht gegeneinander und nicht die Bedürfnisse des anderen wegschieben, weil dann gewinnt man nicht - gegen die Kleingärtner gewinnen Sie auch nicht, Herr Lederer.

H. Dunger-Löper: Ja, Herr Buchholz, haben Sie eine Idee, wie wir das möglichst schnell auf den Weg bringen?

D. Buchholz: Ja, zwei, drei Ansätze. Zunächst einmal, wir müssen, glaube ich, alle dafür sorgen, dass Kunst und Kultur, der Wert, den Kunst und Kultur darstellt, einfach noch präsenter wird für alle in der Stadt ... weil, es ist tatsächlich so, dass die meisten - ob nun die Senatsverwaltung oder die Menschen in Berlin - eher so gegeneinander denken ... na, also - „Kann ich hier jetzt einen Kleingarten machen, kann ich hier jetzt eine Schule bauen, kann ich jetzt hier eine Bibliothek bauen?“ Da bin ich auch total bei der Kollegin Remlinger - wir müssen die Stadt anders denken. Das muss übereinander gedacht werden, tatsächlich. Wir haben auch extra einen Antrag dazu als Koalition ins Parlament eingebracht, der auch verabschiedet ist, wo wir sagen: Es muss gestapelte Nutzung geben. Das klingt vielleicht erst mal ein bisschen komisch, aber es ist eben dann so ... dann ist unten ... unten sind zwei Etagen, da ist eine Kita, dann kommt vielleicht irgendeine Gemeinnutzung und dann kommt das Wohnhaus oben drauf, noch mal zehn Stockwerke. In anderen Ländern - wir haben uns das in Italien angeschaut - der Stadtentwicklungsausschuss - da ist das eine Selbstverständlichkeit. Ein tolles, grünes Gebäude, wo jeder sagt: „Da möchte ich auch rein.“ Ja, es ist hochattraktiv dort reinzugehen. Jeder sagt: „Da möchte ich wohnen, da möchte ich unten meine Kinder hinschicken und das andere möchte ich auch noch nutzen.“ Da sind wir bisschen zu langsam - erster Punkt - da müssen wir besser werden, auch das integriert anzugehen, dass eben nicht alle nur nach ihren Sparten schauen: „Wo habe ich bei mir einen Euro für irgendwas ganz Spezielles?“ Da müssen wir vernetzter denken, da müssen die Bezirke auch dazukommen, dass sie mit dem Land Berlin zusammen schauen: Was ist eine kulturelle Nutzung? Wo kann ich das zusammen entwickeln und auch erhalten? Ich werbe noch mal für den „Stadtentwicklungsplan Kultur“, auch wenn der Kultursenator gesagt hat, er hadert da noch ein bisschen mit der Idee. Ich glaube, die große Linie aufzuzeigen, wo wir mittel- bis langfristig hinwollen, was wir auch sichern wollen und sichern müssen, ist absolut notwendig. Das ist in den ganzen Sparten, die wir uns anschauen müssen, unabdingbar, weil wir sonst eben sehen, es gibt für viele andere Dinge Entwicklungspläne, die letztlich die Verwaltung binden. Bei Entscheidungen - was machen wir mit einer bestimmten Fläche, was integriert angehen? - und dabei ist so was eine Basis, die man auch - und der erste Teil ist übrigens die Analyse, so dass auch allen klar wird, hier fehlt auch was. Und es ist natürlich - Herr Zimmermann hat es angesprochen - wir sind in dem Jahr 2020 - ist eine ganz andere Situation als vor fünf Jahren, als vor zehn Jahren, wo hier auch noch viele Gebäude leer standen, wo man eben auch zu traumhaften, niedrigen Mieten ganz viele Flächen - vom Keller bis zum Dach - für Kunst und Kultur irgendwie erobern konnte und die auch bezahlen konnte. Die Zeiten sind schlichtweg vorbei. Und der Realität müssen wir uns stellen. Darum müssen wir mehr sichern. Ich glaube, wir müssen auch sagen, dass wir ... das tun wir ja auch für den Wohnungsbau, wenn wir Vorkaufsrechte nutzen, um Dinge, die Private miteinander verscherbeln wollen, trotzdem für die öffentliche Hand zu sichern, um sichere Mietverhältnisse zu bieten. Das müssen wir auch für den kulturellen Bereich schaffen. Mir ist auch ganz wichtig - in der aktuellen Corona-Situation - in der Krise, in der wir uns ja immer noch befinden ... und sehr schön, dass jetzt Bibliotheken nach und nach aufmachen können ... einige Galerien, aber viele Kunst- und Kultureinrichtungen sind noch komplett geschlossen - ja, ich denke an die großen Theater, denke an Kinos, denke an viele andere Medienschaffende, die wirklich von der Hand in den Mund leben, wenn sie überhaupt etwas haben. Also, Solo-Selbstständige, wenn sie sich von Projekt zu Projekt hangeln. Ich glaube, wir müssen jetzt so etwas ausrufen, wie jetzt den Kultursommer für die Berlinerinnen und Berliner, und zwar Open Air, draußen - raus, raus, raus - als große Überschrift, dass wir kurzfristig neue Flächen ... ob es Brachflächen, ob es Entwicklungsflächen, ob es andere Dinge sind, die wir öffnen müssen für eine kurzfristige Nutzung, um klar zu machen: Leute, wir wollen nicht alles für ein halbes Jahr, für ein Jahr ausblenden und nicht stattfinden lassen, sondern wir müssen diese Räume jetzt - „Free Open Airs“ heißt es bei den Clubbetreibern - dass die ein Stück weit rausgehen - ob es der Innenhof ist, ob es die Grünanlage um die Ecke ist - das ist möglich. Da müssen wir alle mal den Kopf und die Gedanken etwas öffnen, frei werden, denn das ist jetzt eine kurzfristige Hilfe, die wir auch anbieten können und da ist an erster Stelle die öffentliche Hand gefragt. Und da gehe ich sowohl an die Kulturverwaltung, an alle Senatsverwaltungen - Stadtentwicklungsverwaltung, an die Berliner Immobilien Management, die die Immobilien managt und eben auch natürlich

an alle, die damit zu tun haben in den ganzen Bezirken. Wir müssen hier eine kurzfristige Alternative schaffen, denn wenn wir darauf warten, dass die Innenräume wieder freigegeben werden ... was wird denn in den Theatern demnächst der Fall sein, dass nur jeder dritte, ja wahrscheinlich nur jeder fünfte oder jeder sechste Platz besetzt wird. Das kann niemals ein kommerzielles Theater abbilden und wir haben neben dem, was wir im geförderten Bereich haben - wir haben auch Varietés, wir haben Unterhaltung, wir haben Musicals - wo ich glaube, die gehören auch zur Kultur dieser Stadt - auch da müssen wir dafür sorgen, dass es ein gutes und tolles Angebot gibt.

H. Dunger-Löper: Okay, Herr Zimmermann, Sie hatten sich ja gemeldet.

O. Zimmermann: Ich würde gerne zu zwei Punkten etwas sagen. Natürlich, zu Herrn Lederer. Ja, ich nehme diese Empfindlichkeit zur Kenntnis, aber sie ist eigentlich gar nicht angebracht, weil wir im Deutschen Kulturrat analysieren ja ständig die verschiedenen Programme, die Bund und Länder jetzt in der Coronakrise machen. Das ist sehr aufwendig, weil jedes Bundesland eigene Programme macht und Berlin ist ein Bundesland, was gut Programme aufgelegt hat. Es gibt einige Bundesländer, die noch bessere Programme aufgelegt haben - zum Beispiel, wenn man nach Hamburg geht - ja, da geht es noch ein bisschen besser und wenn man Solokünstlerin oder Solokünstler ist, dann ist es im Moment in Baden-Württemberg gar nicht schlecht und vielleicht auch bald in Bayern besser, weil da ist die Ankündigung schon lange da, aber es ist noch nicht praktisch umgesetzt. Aber es gibt andere Bundesländer, da muss man sagen, da müssen die Künstler eigentlich wegziehen und dann sollten sie nach Berlin oder Hamburg ziehen, weil es ihnen dort einfach wirklich schlecht geht. Und da finde ich das ein riesiges Problem und ich kann es gar nicht verstehen, warum die Länder nicht in der Lage sind, mindestens so etwas wie ein Mindestmaß an Abstimmung untereinander zu organisieren, wenn es um eine solche Krise geht, in der wir uns im Moment befinden. Und ich glaube - ja, wir brauchen so etwas wie einen großen Bundesfonds, weil die Länder - und das mache ich den Ländern gar nicht zum Vorwurf - die werden diese Mittel nicht haben, in Milliardenhöhe, um - also - diese notwendigen, von ihnen auch gerade genannten Finanzierungen zu machen. Das muss der Bund machen und ich glaube, das ist auch die Verantwortung des Bundes, dass er sie machen muss - und da sollten wir eigentlich, finde ich, eher an einem Strang ziehen. Was die Frage angeht - Was kann man denn eigentlich so ein bisschen langfristig und mittelfristig machen - das ist natürlich schon spannend zu sehen. Wir haben ja verschiedene Modelle - Sie haben ja eben einiges genannt, weil das Kulturraumgesetz in Sachsen, finde ich ein wirklich hervorragendes Gesetz, in einer Zeit entstanden, wo man noch groß experimentieren konnte - kurz nach der Wende - aber auf Berlin, glaube ich, nicht zu übertragen, selbst wenn die politischen Strukturen dafür da wären, weil das funktioniert so als ein Kulturumraumgesetz. Das heißt, dass der Umraum sich an der Finanzierung - letztendlich, der Metropole - beteiligt. Das Problem bei Berlin ist, dass sie natürlich keinen wirklichen Umraum hat ... ja, der sich finanziell an irgendwas beteiligen könnte. Wenn man Nordrhein-Westfalen sich anschaut, das Kulturfördergesetz Nordrhein-Westfalen ist kein gutes Beispiel für Berlin, weil Berlin macht viel mehr für die Kultur, weil das Land ist nur ganz marginal in der Kulturfinanzierung, letztendlich, überhaupt verortet. Da sind die Kommunen, letztendlich, der Ort, wo, also, die Kulturfinanzierung stattfindet und deswegen hat das Land im Moment auch so große Probleme, jetzt in der Coronakrise, letztendlich, den Künstlerinnen und Künstlern zu helfen. Das heißt, wenn man einen Weg in Berlin finden will, glaube ich, dann muss es ein eigener sein und das Besondere an Berlin - auch wenn Herr Lederer es jetzt vielleicht nicht so gerne hört - ist natürlich, dass es noch einen zweiten Financier in Berlin gibt - nämlich den Bund, nämlich in keinem anderen Bundesland wird auch annähernd so viel Kulturförderung in - also, vor Ort - betrieben durch den Bund wie in Berlin ... weil hier, wegen der gesamtstaatlichen Bedeutung darf der Bund das. Und ich finde, das ist dann auch noch mal eine Chance und da kann man sich auch noch mal zusammensetzen und sagen, dass Bund und Land in Berlin oder Land und Bund in Berlin eine gemeinsame Verantwortung haben und dann vielleicht auch ein bisschen mehr gemeinsam stemmen können als das Land - vielleicht aus finanziellen Gründen - alleine stemmen kann.

H. Dunger-Löper: Ja, vielen Dank, Herr Zimmermann. In den anderen Veranstaltungen dieser Art haben wir an dieser

Stelle immer das Publikum miteinbezogen. Das Publikum ist nun heute nicht hier, aber aufgrund unserer Ankündigung dieses Jour fixes haben wir schon zahlreiche Fragen vorab bekommen und ich denke, die sollten wir jetzt auch an dieser Stelle miteinbeziehen und deswegen würde ich gerne Frau Stoff bitten, mal die Fragen - oder eine Frage - hier uns vorzutragen, so dass wir sie auch konkret mitbeantworten können.

F. Stoff: Ja, also, die ersten beiden Fragen will ich mal zusammenfassen, weil die ein ähnliches Thema haben. Bei der ersten geht es um Konkurrenz bei der Nutzung öffentlich zugänglicher Räume. Till Schwabenbauer, Vorsitzender vom Landesverband Berlin-Brandenburgischer Liebhaberorchester fragt zu Mehrzweckhallen: „Sportnutzung und Musikproben sollen sich miteinander arrangieren. Oft gibt es aber Kommunikationsprobleme. Volkshochschulen beanspruchen die Räumlichkeiten intensiv für sich und streiten auch gegen langfristig angemeldete Nutzungswünsche von Amateurensembles. Wie kann man den Stellenwert - gerade der freien Amateurensembles - erhöhen und ihnen Möglichkeiten für regelmäßige Probenstage und auch Probenwochenenden in Berlin bieten?“ So ähnlich klingt Christian Segieth, Vorsitzender vom Blasorchester Hastetöne Berlin e.V. und zwar sagt er: „Wir nutzen derzeit eine Aula in einer Grundschule in Reinickendorf und sind bisher von einem Nutzungsentgelt befreit. Das ist eine sehr gute Situation, nur sind wir dort immer wieder auf eine Prüfung und auch eine positive Entscheidung angewiesen, denn ein wirklicher Rechtsanspruch unseres Vereins darauf besteht nicht. Die konkreten Fragen leiten sich aus der Schilderung dieser Situation ab. Warum haben heute Vereine im kulturellen Bereich keinen Rechtsanspruch auf kostenlose Nutzung von öffentlichen Räumen wie im Sport? Ist es vorgesehen, Sportvereine und Vereine mit Tätigkeitsfeld im kulturellen Bereich gleich zu behandeln? Wenn ja, wann wird für den Bereich der Kulturförderung eine der Sportanlagen-Nutzungsverordnung vergleichbare Nutzungsverordnung für Räumlichkeiten zur kulturellen Pflege erarbeitet und verabschiedet werden?“

H. Dunger-Löper: Das ist sicherlich eine Frage - entweder an Legislative - oder an die Exekutive (*Anm.: wendet sich Herrn Lederer zu*).

Dr. K. Lederer: Na, ich glaube eher an uns, ja. Also, ich finde, es gibt keinen Grund für eine unterschiedliche Behandlung. Ich wünschte mir, dass dieselbe Regel, die es für Sportvereine ... bei den Sportstätten gibt ... auch für kulturelle Vereine bei den Kultur- ... also, bei den öffentlichen Bildungseinrichtungen gibt, aber das Problem ist ein Stück weit, dass ich das nicht einfach so für mich alleine erlassen kann, sondern dazu einen Konsens brauche. Es gibt aber eine Offenheit bei der Bildungsverwaltung. Jetzt wünschte ich mir, dass sie irgendwann in eine Erlass- oder Verordnungsform gegossen wird, damit Menschen sich ja auch darauf berufen können, aber, nach meinem Wissen, ist es in vielen Bezirken tatsächlich ähnlich wie bei dem Kollegen aus Reinickendorf. Da, wo die Ressourcen, wo die Möglichkeiten existieren, machen sie die auch ... schaffen sie die auch. Es gibt ein Restproblem. Es gibt insgesamt zu wenig Raum - da beißt sich die Katze ein bisschen in den Schwanz und da sind wir wieder beim Ausgangspunkt - weil, wer will der Schiedsrichter sein, wenn es konkurrierende Nutzungsinteressen gibt ... dann festzulegen, welchen man gegenüber den anderen bevorzugt. Also, das ist ein generelles Problem und die Raumnutzung für - vor allem für Liebhaber-Musikensembles - bei uns wohl bekanntes Problem, wo wir auch versuchen, einerseits mit dem Kulturraumbüro eine Strategie zu eröffnen - und andererseits Partner zusammenzubringen. Es gibt, also, nach wie vor, eine große Offenheit bei Kirchengemeinden, die Gebäude mitzunutzen, zumal die ohnehin auch hier in Berlin einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen haben und auch überlegen - wie kann eine stärkere Öffnung in den Kiez, in den lokalen Raum hinein, passieren. Also, ich glaube, die Frage der Doppelnutzung ist in dem Zusammenhang, solange wir noch keine im größeren und weiteren Sinne eigenständigen, zusätzlichen Ressourcen ... natürlich ausreichend Ressourcen schaffen können, wirklich auch das Geheimnis.

H. Dunger-Löper: Also, ich denke, man muss hier aber schon noch mal die Exekutive ... nein, Entschuldigung, die Legislative ansprechen, denn der Sport hat ein Sportfördergesetz, in dem die kostenlose Nutzung von Räumen festgeschrieben ist - er hat ein richtiges Gesetz - deswegen haben wir schon im Rahmen unseres „Amateur-Masterplans“ schon mal einen Gesetzentwurf für ein Musikfördergesetz - sozusagen - in Analogie zum Sportfördergesetz entworfen ...

Dr. K. Lederer: Ein Kunstförderungsgesetz, bitte.

H. Dunger-Löper: Ich bin da offen ... ich will da nicht Sparten unbedingt extra haben. Frau Remlinger, ja, Sie sind, glaube ich, da schon ein bisschen angesprungen ...

St. Remlinger: Ja, auf die Gefahr hin, mich unbeliebt zu machen ... aber ist die Frage, ob man wirklich - gerade wenn es jetzt wieder um Schule geht - sagen kann: „Alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, die Räume suchen, kriegen einen Anspruch, dass sie kostenlos Schulräume nutzen dürfen.“ Da stellt sich die Frage der Koordination, da stellt sich aber auch irgendwann die Frage ... da können wir wirklich ... und können wir wirklich immer alles kostenlos machen? Wir haben in Berlin sehr leidensvolle Erfahrungen mit dem Verschleiß unserer Gebäude, mit den ... na, mit dem angehäuften Sanierungsstau, und wir haben ... und wir müssen auch, denke ich - wenn wir wirklich anfangen wollen - diese Gebäude sehr intensiv zu nutzen für verschiedene Leute ... der Sport beschränkt sich ja meistens auf die Turnhalle, aber die Kultur würde wahrscheinlich alle Räume in der Schule bespielen können - dann mit unterschiedlichen Formen der Jugendkultur, mit den Laiengruppen, den Bands, den Tänzern, dem Theater und so. Na, dass ich eigentlich glaube, wir brauchen ein echtes Facility Management, bezirkliches Facility Management. Wir brauchen eben die Gewähr, dass das ... ja, dass wir vermieten, dass wir das ordentlich aufsetzen, damit auch man weiß, wer war da und wer hat den Raum wie hinterlassen. Und es gibt dann vielleicht auch einen Anreiz für die Schule, sich ihr Gebäude praktisch runterrocken zu lassen, ja, oder - beziehungsweise - es gibt die Gewähr für die Schule, dass das Gebäude nicht runtergerockt wird. Also, da ... das ist ein unsympathischer Gedanke, das ist mir klar mit ... na, mit Vermietung und ich bin durchaus dafür, dass das dann ein paar Euro pro Abend sind und nicht viel, aber wir brauchen eine Ernsthaftigkeit in dem, dass das Gebäude ... dass Raumnutzung Aufwand ist, dass Instandhaltung Aufwand ist und dass wir unsere Gebäude instand halten wollen, weil das unser Vermögen ist - und dass es auch morgen noch nutzbar sein soll. Genau ... und ja, da müssen wir auf eine Definition kommen. Letzter Satz - wir haben gerade außerschulisch beantragt, dass wir bezirkliche Koordinierungsstellen für die Raumfrage einrichten, dass gescoutet wird: Was gibt es alles? So eine Koordinierungsstelle jetzt für die Krise wäre auch was für nach der Krise ... zu sagen, ich moderiere die Nutzungskonflikte, die ich habe.

H. Dunger-Löper: Ja, also ich denke, das ist ein Punkt, den Sie aufgreifen sollten. Man muss sicherlich da überlegen ... denn damit gibt es ganz gute Erfahrungen. Wenn man eine Verwaltungsleitung in einer Schule hat - was man bei den großen Schulen ja hat - dann kann die das noch dezentraler als ein Gesamtbezirk organisieren, aber es braucht hier eben auch gesetzliche Grundlagen. Ich würde gerne noch ein paar Fragen rannehmen ... ja, Frau Stoff, würden Sie uns noch mal die nächste Frage vortragen?

F. Stoff: Ja, sehr gerne. Also, diese Frage ist von der IG Jazz Berlin. Oliver Potratz fragt: „Es gibt ja sicher viele potentielle Räume, die bisher ungenutzt sind und unter dem Radar der Verwaltung und den Raumbeauftragten liegen. Hilfreich wäre es, wenn diese Räume überhaupt wahrnehmbarer werden könnten, um zu überprüfen, ob sie nutzbar gemacht werden können. Welche Maßnahmen der Raumerschließung werden derzeit betrieben? Welche weiteren innovativen, kreativen Maßnahmen und Formen - öffentlicher Aufruf, Medien, Werbekampagne, Kontaktieren von Objektverwaltung et cetera - wären Ihrer Ansicht nach vorstellbar? Wäre es möglich, verwaltungstechnische Hürden in Form strenger Auflagen von Raumnutzung zumindest temporär zu umgehen?“

H. Dunger-Löper: Herr Lederer, Sie haben ja, im Grunde genommen, da schon etwas angeschoben - insofern wäre die Frage bei Ihnen, glaube ich, gut platziert ...

Dr. K. Lederer: Also, die Kapazitäten für Raumnutzung sind in der Stadt inzwischen wirklich deutlich überschaubar. Also, da, glaube ich, das können wir relativ sicher sagen. Wir sind mit der BIM - also, unserer landeseigenen Immobiliengesellschaft, auch mit den öffentlichen Unternehmen in der Kommunikation, ob sich Räume an Land ziehen lassen - ich sage das jetzt mal so ... die dann auch hergerichtet werden können. Das Problem ist: So ein paar Regeln muss

man ... so ein paar grundsätzliche Regeln muss man einfach einhalten und die werden leider in ... die sind in den letzten Jahren nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Also, Brandschutz, Zugänglichkeiten, und so weiter. Du kannst heute keinen Raum mehr betreiben, wenn Du - insbesondere öffentlich - den Raum betreiben - wenn Du diese Regeln nicht einhältst. Also, diese Kulturraum GmbH dient explizit dem Ziel, Raumbesitzer, Eigentümer anzusprechen, die Anmietbarkeit von Räumen zu überprüfen. Wir können nicht alles runtersubventionieren ... also, es gibt dann irgendwann einen Mietpreis, bei dem sagen wir: „Das fällt aus.“ Wir wollen die Steuermittel jetzt nicht in der Finanzierung privater Renditeerwartungen versenken - und parallel dazu eben die Erschließung eigener Räumlichkeiten, die wir bekommen können. Da spielen so eine Sachen oder solche Orte eine Rolle, wie beispielsweise das „Haus der Statistik“, wo es Raumkapazitäten gibt. Viele, Herr Boutellier hat da vorhin etwas genannt ... also, wir gucken da tatsächlich auch inwieweit denkmalgeschützte Räume hergerichtet und dann auch dauerhaft für Kunst und Kultur genutzt werden können. Problem da jetzt - wir haben früher so was wie SIWANA geguckt - ich fürchte, das ist ... Corona wird die Bedingungen, unter denen solche Mittel jetzt zur Verfügung stehen noch mal eher verschlechtern und auch an der Stelle muss ich gestehen, war Kultur jetzt nicht der große Gewinner der letzten SIWANA-Runden. Das ist einfach so. Aber, nein, also, wir sind ... wir haben diese operative Einheit da jetzt aufgesetzt mit dem Ziel, dass wir quasi Raum Scouting betreiben können und wir haben auch die Mittel, dank der Haushaltsbeschlussfassung des Abgeordnetenhauses, mit dem wir zusätzliche Räume anmieten können, erheblich noch mal aufgestockt, wirklich erheblich aufgestockt. Aber jetzt ist eben die Frage: Was gibt der Markt her, wenn es nicht um die eigenen Räumlichkeiten geht? Und kriegen wir zu günstigen Konditionen - und nach Möglichkeit langfristig - solche Räume dann auch gesichert? Also, das ist das, was ich vorhin meinte mit „Wir sind nicht mehr nur eine Förderverwaltung“, sondern wir versuchen auch als Infrastrukturverwaltung mitzuagieren und haben uns jetzt auch dementsprechend aufgestellt.

H. Dunger-Löper: Das ist doch ein Lichtblick. Kann man an der Stelle noch etwas sagen? Wenn wir da noch etwas weiter denken - wir haben - zum Beispiel - auch mal mit dem Justizsenator gesprochen und ihn gefragt, ob er nicht seine Gerichtsgebäude öffnen kann und er war nicht von vornherein dagegen. Also, dann kann man doch vielleicht da hoffen, dass etwas vorangeht. Frau Stoff, können wir noch eine Frage bitte nehmen?

F. Stoff: Ja, die nächste Frage kommt von der Clubcommission, dem Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter. Johannes Grüss, Projektleiter, fragt: „Durch die Abstandsregel in der aktuellen Krise steigt der Platzbedarf für alle Arten von Musikaufführungen. Zumindest während der Sommermonate wäre es denkbar, Musik unter freiem Himmel aufzuführen. Welche konkreten Schritte unternimmt der Senat vor diesem Hintergrund, um musikalische Aufführungen und Zwischennutzungen auf landeseigenen Flächen zu ermöglichen, wie - zum Beispiel - bei der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH oder anderen Tochtergesellschaften des Landes?“ In eine ähnliche Richtung geht die Frage von Michael Kubik, Vorsitzender des Verbands zur Förderung der Zupfmusik. Er sagt: „Viele Amateur-Orchester haben monatelang nicht geprobt, mussten Konzerte und Festivals absagen. Zu den Probenräumen zurückzukehren wird unter ungelockerten Abstandsregelungen meist nicht möglich sein. Achtzehn Gitarristen, die in einem Vierzig-Quadratmeter-Klassenraum gearbeitet haben, dürfen da nur als Quartett üben, pro Person zehn Quadratmeter zur Zeit.“ Er sagt, wenn das jetzt nicht gelockert wird, dann bräuchten sie den Zugang zu Schulaulen und Turnhallen, um als Zupforchester wieder proben zu können. Was gibt es da für Möglichkeiten?

H. Dunger-Löper: Man sieht, das Thema ist - sozusagen - wirklich nicht auf einzelne Sparten beschränkt - vom Zupforchester bis hier zum Music Board und zur Clubcommission - ist ein weiter Weg. Sie haben ja vorhin schon angesprochen, dass hier - sozusagen - das Open Air eine Lösung kurzfristig erst mal wäre, Herr Buchholz?

D. Buchholz: Ja, absolut. Ich würde beiden Fragestellern da „ja, ja, ja“ zurufen, auch wenn sie jetzt nicht leibhaftig hier sind. Die Chancen sind da. Wir müssen, glaube ich, von zwei Seiten rangehen: Zum einem, alle die momentan eben kulturell aktiv sind, sollten selbst schauen - was ist vor Ort noch an Fläche, was ist noch an Nutzungsmöglichkeiten da und das einfach

mal anmelden beim Kulturstadtrat im Bezirk, gerne bei der Senatsverwaltung, gerne auch bei uns Abgeordneten - und Bescheid sagen: „Wieso wird das eigentlich nicht genutzt, was hier schon länger brach liegt oder was wir jetzt akut sehr gut brauchen könnten?“ Genauso gilt natürlich, dass alle Verwaltungen - inklusive der Immobilien Management GmbH - des Landes aufgefordert sind, das auch aktiv zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, kurzfristig werden wir fast nichts anderes machen können, um diesen Sommer halbwegs mit Kultur füllen zu können. Ich kenne das auch aus dem Chorbereich, aus dem Bekanntenkreis, die auch sagen: „Wir können uns eigentlich gar nicht mehr treffen im Augenblick, weil das alles gar nicht ausreicht. Wir müssen so weit weg stehen, wir müssen ganze Chorwochenenden absagen, weil das alles nicht mehr praktisch funktioniert.“ Weil Leute auf der Bühne auftreten sollen, die dann vielleicht noch singen, die tanzen sollen - und dann irgendwie noch interagieren sollen, dass es nicht allzu langweilig ist. Das ist alles extrem herausfordernd. Das ist klar, aber ich glaube, wir müssen kurzfristig genau das schaffen und von beiden Seiten rangehen - das sind sowohl die Verwaltung als auch Stadtgesellschaft - sagen, was geht da. Ich weiß, alle Träume werden da nicht in den Himmel wachsen können. Ich weiß, viele sagen: „Wie sieht es da aus mit dem Tempelhof Gebäude? Steht ja zu x Prozent - und das sind sehr viele Prozent - ja leer.“ Die Aussage ist richtig, aber wir haben es uns gerade wieder im Bauausschuss zeigen lassen - das Problem ist halt, die meisten Räume davon sind nicht ausgebaut - vor allem erfüllen sie nicht die aktuellen Brandschutzvorgaben. Das heißt, da darf keiner rein. Ja, es fehlt da ein richtiges Treppenhaus. Es fehlt der Sicherheitsplan, wie man rein und rauskommt und da zucken wir auch alle und sagen: „Mensch, da liegt so viel brach.“ Aber wir können es kurzfristig leider niemandem zur Verfügung stellen, weil es schlichtweg unter Sicherheitsgesichtspunkten niemand verantworten kann. Also, es geht nicht immer so, wie wir uns das wünschen, aber Herr Boutellier hat ja auch gesagt, bei der Tegel Projekt GmbH: „Ich prophezeie mal, in spätestens sechs Monaten macht Tegel zu.“ Vielleicht ja schon deutlich vorher, vielleicht kann man ja sehen, was so an Nebenräumen ist, was an kleinen und großen Örtlichkeiten ist, die überdacht sind ... vielleicht kann man dort auch Möglichkeiten schaffen, um genau Probenräume, Aufführungsräume, neu zu entdecken, neu zu entwickeln.

H. Dunger-Löper: Herr Lederer, Sie hatten sich gemeldet.

Dr. K. Lederer: Wir müssen jetzt erst einmal mit dem nächsten Lockerungsschritt dafür sorgen, dass bestimmte Veranstaltungen unter freiem Himmel durch die Verordnung ermöglicht werden. Ein guter Freund von mir - Andrej Hermlin - hat sich jetzt vor drei Tagen einfach vor die Museumsinsel gestellt mit seiner kleinen Truppe und hat angefangen, dort Musik zu machen. Die Polizei kam vorbei, hat gelächelt, hat sich gefreut und ist wieder gegangen. So ganz regelkonform war das nicht, aber das hat er jetzt einfach mal gemacht. So etwas wird wahrscheinlich in nächster Zeit auch verstärkt draußen stattfinden, nur ich will an dieser Stelle noch mal sagen - die Kulturverwaltung genehmigt hier gar nichts, so verlockend das alles klingt, weil wir sind keine Ordnungsbehörde, sondern das machen die bezirklichen Grünflächenämter, das machen die bezirklichen Ordnungsämter, das machen die Stadtplanungsämter ... wie auch immer ... ich kenne mich im Detail gar nicht aus. Die Situation ist erst mal dieselbe. Wofür ich werbe und wofür ich gegenüber den Bezirken werbe - erst mal abgesehen davon, dass wir möglichst - hoffentlich bald, wenigstens wieder die Außenbereiche der Clubs für eine Nutzung öffnen können, weil die Verordnung es zulässt ... ist, dass die Bezirke, solange es - sozusagen - sich in einem Rahmen hält, einfach mal etwas entspannter damit umgehen, wenn jetzt Kultur draußen im öffentlichen Raum stattfindet - und es vielleicht auch einfach in den Bezirken eine Suche danach gibt, welche Orte da sich in besonderer Weise dafür eignen, dass man damit offensiv umgeht. So, das ist etwas, das ich jetzt auch mit den Bezirksamtsmitgliedern für Kultur in meiner nächsten Sitzung einfach mal ansprechen möchte, weil da gibt es natürlich oft aber dann natürlich auch die Verunsicherung und da rufen aber dann die Nachbarn an und beschweren sich und man darf ja nicht vergessen, man ist da durchaus in einem Interessenkonflikt, in einem komplizierten Interessengewebe, -gefüge, in dem man sich bewegen muss, aber das Ziel, Open Air ... es verstärkt auch im öffentlichen Raum möglich zu machen, haben wir nicht erst seit Corona, sondern hatten wir davor auch schon. Und das Abscannen der Bezirke hat mich dann zumindest schon ernüchtert zurückgelassen. Also, welche Orte sich dafür wirklich eignen, welche Orte die Bezirke auch von sich aus bereit sind, da

anzubieten. Ich glaube, es gab zwei oder drei Bezirke, die da gesagt haben: „Wir stellen gerne was zur Verfügung.“ Es wäre schön, wenn die derzeitige Situation da auch eine größere Offenheit erzeugt, dass man aus einer Not eine Tugend machen muss, weil einfach das jetzt gar nicht anders geht.

H. Dunger-Löper: Ja, vielen Dank. Herr Zimmermann, Sie haben sich gemeldet ...

O. Zimmermann: Ich würde das gerne unterstützen, was Sie beide gesagt haben, weil ich glaube, dieser elende Virus hat ja jetzt schon genug Schaden angerichtet. Dass wir jetzt mal gucken müssen: Gibt es auch irgendetwas, was positiv sein könnte? Und ich finde, positiv könnte sein, dass wir versuchen würden, den öffentlichen Raum wieder stärker auch zu erobern. Also, als Bürgerinnen und Bürger zu erobern, aber natürlich gerade auch der Kulturbereich erobern. Also, ich sehe eine Stadt, die deutlich weniger Autoverkehr hat und das finde ich, ist schon angenehm. Ja, ich glaube, dass man das, letztendlich, auch vielleicht ein bisschen mitsteuern kann, dass wir diese verlorenen öffentlichen Räume, dass wir die wiedergewinnen. Und ich glaube ja, dass die Not wirklich groß ist, weil sie ... ich muss sagen, ich sehe in ganz vielen Bereichen auch nicht, wenn jetzt zwei, drei Verordnungswellen weiter ist, dass wir schon wieder normal - letztendlich - spielen könnten, sondern die Bedingungen werden so sein, dass vieles, letztendlich, in den geschlossenen Räumen einfach nicht möglich sein wird und sich zumindestens nicht rechnen wird. Und deswegen, glaube ich, ist es notwendig, dass man stärker nach draußen geht. Jetzt haben wir den Sommer und ich finde, das wäre eine gemeinsame Anstrengung wert zu sagen, auch die, die vielleicht noch zögerlich sind und die sagen, na ja, da gibt es aber doch diese ... und das könnte doch alles passieren ... dass wir gemeinsam versuchen, die davon zu überzeugen, dass wir jetzt auch einen Schritt weiter gehen sollten mit der Nutzung des öffentlichen Raums.

H. Dunger-Löper: Ja, ich denke, das ist etwas, das wir heute durchaus auch noch einmal kräftig unterstreichen können. Doch ich glaube, wir können noch eine Frage nehmen, dann nähern wir uns so langsam dem Ende. Und vielleicht können wir hier aber noch einen weiteren Aspekt miteinbeziehen ...

F. Stoff: Ja, also die Koalition der Freien Szene, Julia Schell vom Specherinnenkreis, fragt zu Bestandsimmobilien: „Wie steht es um die Berliner Initiative im Bundesrat zur Einführung einer Bremse für Gewerbemieten beziehungsweise um die Studie zur Belegung der Mietsteigerungen? Welche Instrumente und Initiativen gegen die Bodenspekulation und für den Schutz von Gewerbemiet*innen sind auf Landesebene denkbar und rechtlich möglich?“ So ähnlich äußert sich auch Sabine Völker, Intendantin der Berolina-Orchester e.V. - Berliner Symphoniker: „Die Mieten für Büro- und Proben- und Konzerträume erhöhen sich ständig. Ist dafür im Haushalt eine Möglichkeit vorgesehen, einen Ausgleich an die Kulturschaffenden auszureichen?“

H. Dunger-Löper: Das ist eindeutig eine Frage für Sie, Herr Dr. Lederer.

Dr. K. Lederer: In begrenztem Maße tun wird das. In einem begrenzten Maße versuchen wir, dem Rechnung zu tragen, indem wir bestimmte Etatanteile erhöht haben und jetzt auch - sozusagen - das Geld weiterreichen. Trotzdem wird mir immer etwas schwummrig dabei, wenn ich sage: „Im Grunde subventionieren wir hier den privaten Gewerbeimmobiliensektor hinterher, damit wir Kulturorte erhalten können.“ Ich würde das Geld eigentlich lieber für den kulturfachlichen Sachbedarf oder für die Schaffung von künstlerischen Aktivitäten benutzen als sozusagen die Mietsteigerung nachzusubventionieren. Welche Möglichkeiten haben wir, was gegen Gewerbe- oder Immobilienspekulation zu tun? - Gesundheit! Das war jetzt ein „Gesundheit“ an den Kollegen von der Kamera, der geniest hat. Für diejenigen, die uns von draußen beobachten ... Nein, also die Gewerbe- ... die Bundesratsinitiative hat im Bundesrat eine Mehrheit bekommen oder also beschlossen, wurde dann an die Bundesregierung weitergereicht, die ja aufgefordert war einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu machen und dort liegt sie jetzt. So kann man das, glaube ich, prägnant zusammenfassen. Das heißt, also, die Bundesregierung tragenden Akteure sind bislang nicht der Ansicht, dass Gewerbeimmobilienspekulation in urbanen Räumen ein Maß erreicht hat, dass man dem langsam einen Riegel verschieben

sollte - anders als wir hier, die wir aus purer Notwehr handeln. Möglichkeiten, Immobilienspekulationen ansonsten einen Riegel vorzuschieben, gibt es eigentlich nur über Planungsrecht. Das ist ein sehr langwieriges Verfahren, also, bevor ich einen Bebauungsplan habe, um Nutzungsmöglichkeiten von Immobilien einzuschränken - das ist ein sehr, sehr kompliziertes, durchaus auch teures und langwieriges Verfahren - wird, also, im Regelfall nicht funktionieren, wenn man nicht schon lange einen Plan hatte ... und ansonsten gilt immer nur - und das machen wir als Koalition ja auch - Mittel einzusetzen, um da, wo wir es uns noch leisten können, Immobilien vom Markt zu ziehen, um sie der Kapitalverwertung zu entziehen. So - das ist das, was ... wo wir jetzt auch gerade heute im Senat wieder beschlossen ... einen Bodenankauffonds geschaffen haben, mit dem Ziel, Vorsatzvorsorge für daseinsbezogene Grundstücke und dergleichen zu kaufen. Aber da, wo das reine Gewerbemietrecht zuschlägt, ist das Bundesrecht - sind wir als Land- komplett gehindert reinzufingern - und mich ärgert es schwarz.

H. Dunger-Löper: Ja, das kann einen ärgern - und wenn wir so hören wie die Probenräume im Preis ansteigen - und auch in Institutionen, denen man es nicht unbedingt zutraut, dann kann man da nur sagen - es ist wirklich ein ganz, ganz gravierendes Problem, dessen Entwicklung auch noch nicht absehbar ist. Ja, wir haben jetzt kurz vor Schluss. Jeder darf noch eine Minute seinen nächsten Schritt an dieser Stelle formulieren. Und dann müssen wir leider an dieser Stelle Schluss machen. Fangen wir mit Herrn Zimmermann an. Was ist - sozusagen - Ihr nächster Schluss - oder Schritt - zum Thema „Räume für Kultur“?

O. Zimmermann: Also „Räume für Kultur“ in Berlin, da glaube ich, dass das eine - ja, gesamte - Aufgabe ist. Ich glaube auch nicht mal, dass es eine reine Aufgabe des Senats ist, sondern dass das auch darüber hinaus geht. Ich glaube sogar, dass es auch eine Bundesaufgabe ist, weil die Frage, wie viele Künstler wie in Berlin leben, eine ganz große Rolle auch für die Sicht auf Deutschland spielt. Also, dieses Berlin hat das einfach total verändert, hat, also, auch das Gesicht verändert und deswegen brauchen wir die Künstler in dieser Stadt, deswegen müssen sie sich das leisten können, hier zu wohnen.

H. Dunger-Löper: Herr Buchholz, auch ganz kurz, damit noch alle drankommen.

D. Buchholz: Sehr gerne. Was ich mehrfach angesprochen habe - dass alles, was jetzt Open Air passieren soll, draußen, das sollten wir schon ... können wir vielleicht sogar hier - das Bundesland Bremen hat da schon ein eigenes Gesetz - was man so in Grünanlagen machen darf, was möglich ist ... und ich plädiere dafür, was jetzt den Gastronomen völlig zurecht eingeräumt wird, dass sie mehr Platz auf den Gehsteigen kriegen können ... Wenn die Fußballweltmeisterschaft ist, ist gar keine Frage, dass bis nachts irgendwie die Fernseher laufen dürfen, dann darf ich doch auch mal bis spät noch singen.

H. Dunger-Löper: Okay. Frau Remlinger und dann Herr Lederer.

St. Remlinger: Ja, ich möchte erst mal sagen, dass - wie man in den Beiträgen hörte - diese Krise einfach eine wahnsinnige Belastung für viele Menschen ist und die kann man auch nicht weg reden. Aber ich wäre trotzdem sehr dafür, dass wir die Chancen entdecken und ich glaube, auch für den Fall, dass wir diese Beschränkungen noch länger beibehalten müssen, dass wir da eben auch die Chance nutzen, dass verschiedene Berufsgruppen miteinander ins Gespräch kommen. Ich bleibe bei meinen Schulen - wir brauchen viel, viel Personal, das hilft zu so einem Schichtbetrieb - Herr Lederer hat es beschrieben - wenn nur mehr nur Gruppen ... ich sehe einen absoluten Arbeitsort für die Künstler mit den Kindern ... dass wir also in nächster Zeit organisieren, wie wir miteinander ins Gespräch kommen. Und ich wünsche mir einfach die Haltung, dass - wer was von Schule will - auch sagt, was er für Schule tun kann. Und ich glaube, dann kommen wir ein großes Stück weiter.

H. Dunger-Löper: Vielen Dank. Und Sie haben den Schluss, Herr Lederer.

Dr. K. Lederer: Also, erstens Kulturraumbüro jetzt richtig fertig machen, damit es seine Arbeit aufnehmen kann. Die Leute an Bord holen. Zweiter Punkt ist, die Weiterentwicklung der Immobilien, die wir im Blick haben. Also, ich hoffe, dass Corona

uns jetzt die Planungs- und Umsetzungsvorläufe bei so was wie beispielsweise der „Alten Münze“ nicht verhagelt, sondern dass wir trotzdem im Zeitrahmen diese Dinge voranbringen können, aber auch die ZLB schließlich - ja - Bibliotheksentwicklungsplanung ist für mich derzeit die konkreteste und am weitesten fortgeschrittene partizipativ entwickelte Strategie, um mittelfristig, längerfristig - Land und Bezirke gemeinsam - Räume für Kultur, für Dritte Orte zu sichern und wenn wir damit durch sind, nehmen wir uns die nächste Sparte vor.

H. Dunger-Löper: Vielen Dank, vielen Dank an alle, die hier heute beteiligt waren und wir werden die Fragen, die wir hier nicht beantworten können, später noch schriftlich beantworten. Insofern ist keine Frage umsonst gestellt. Wir sind alle, glaube ich, darin einig, dass wir für die Kultur an dieser Stelle laut schreien müssen, im Freien und auch in den entsprechenden Räumlichkeiten, die Sie alle - sozusagen - bearbeiten. Und ich hoffe, dass wir da Schritte vorankommen, das Thema „Räume für Kultur - Kultur braucht Räume“ - ist sicherlich auch noch nicht zu Ende diskutiert und wir werden da dran noch ziemlich lange weiterarbeiten müssen. In diesem Sinne, nochmals vielen Dank - und jetzt werden wir noch einmal den Mädchenchor an dieser Stelle hören, der uns dann - sozusagen - zum Ausgang begleitet.

Redaktion: Madlen Wittenstein

Produktionsleitung: Tom Ver Eecke

Set-Aufnahmeleitung: Michael Dressel

Moderation: Hella Dunger-Löper

Kamera: Kennard Hilse

Bildregie: Paulo Pereira

Ton: Daniel Geyer

On Air Design: Maximilian Fabian

Eine Produktion von ALEX in Kooperation mit der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und dem Landesmusikrat Berlin.